Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 270 | Freitag den 17. November | 1848.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 91 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik" ausgegeben. Inhalt: 1) Die Bedeutung der fünf Forderungen der Demokratie für die Gegenwart. 2) Eine offene Entgegnung des Rustikalvereins des Glazer Kreises. 3) Korrespondenz aus Glogau, aus dem Nimptschen, aus der Provinz. 4) Frage.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 23—26. (623—626.) Bogen des 21. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 285. 286. Frankf. Bg. 339. 340.

K. Breslau, 16. November.

Die National-Versammlung hat nunmehr in ihrem Conflicte mit der Krone das letzte furchtbare Wort gesprochen — es heißt Steuerverweigerung. Sie hat erklärt, daß das Ministerium Brandenburg nicht befugt sei, Steuern zu verwenden und zu erheben.

Diese Erklärung der Versammlung ist in ihrer Begründung die höchst einfache Consequenz der gegenwärtigen Lage. Ein Ministerium, auf welchem die Anklage des Hochverrathes lastet, ein Ministerium, welches die Volksstimme mit einer seltenen Einmüthigkeit als Feind des Volkes, und also des Staates erklärt, kann unmöglich befugt sein, zur Ausführung seiner volksfeindlichen nnd anarchischen Pläne die Mittel des Volkes zu verwenden. Es würde an Wahnwitz grenzen, dem erklärten Feinde selbst die Waffen zum Angriff in die Hand zu geben.

Das Ministerium Brandenburg hat die Ordnung des Staates gewaltsam durchbrochen, weil mit dieser Ordnung seine Existenz unmöglich war, das Volk ist dadurch in den Stand der Nothwehr versetzt, und die Zurückhaltung der Steuern ist das letzte unblutige Mittel zur baldigen Beseitigung eines gesetzlosen Regimentes.

Käme es hier blos auf die logische Folgerichtigkeit an, so würde die National-Versammlung schon längst die Steuerverweigerung beschlossen haben.

Aber so folgerichtig auch die Erklärung der Versammlung aus der staatlichen Lage fließt, so machen sie doch ihre möglichen Folgen zu einer furchtbaren Maßregel.

Das ganze Staatsgebäude ist durch diesen Beschluß in seinen Fugen erschüttert, der Riß zwischen der jetzigen Regierung und der National-Versammlung hat sich dadurch über alle Verhältnisse des staatlichen Lebens verzweigt und sie gespalten. Der Konflikt zwischen der Regierung und der National-Versammlung ist dadurch auf alle Organe der Regierung, auf alle Körperschaften im Volke, ja auf jeden einzelnen Staatsbürger übertragen worden. Es ist ein Zustand geschaffen worden, bei dessen längerem Bestehen der ganze Mechanismus des Staates zusammenbrechen muß.

Darum ist dieser letzte Akt der National-Versammlung eine That von ungeheurer Verantwortlichkeit. Aber die Versammlung wird ihn vor ihrem Gewissen und vor dem Volke zu verantworten wissen.

Die möglichen traurigen Folgen werden nicht ihr, sondern denen ins Schuldbuch geschrieben werden, welche durch hartnäckiges Beharren auf dem Wege gesetzloser Gewalt die Versammlung zur Anwendung dieses äußerste Auskunftsmittels der Nothwehr getrieben und gezwungen haben. Lange hat die Versammlung dies furchtbare zweischneidige Schwerdt in der Scheide gehalten. Von Ort zu Ort haben sich die Vertreter von 16 Millionen treiben lassen, Proteste über Proteste haben sie abgegeben, von Tag zu Tag haben sie geharrt, geduldig geharrt im Angesicht täglich sich wiederholender Gewaltthätigkeiten und mit ihnen hat das ganze Land geharrt, ob nicht die Regierung ein Herz bekommen werde für die furchtbare Gefahr des Landes. Umsonst!

So waren sie auf den Punkt gekommen, wo ihnen jede fernere Thätigkeit unmöglich gemacht wurde, wo ihnen nur die Wahl blieb, das Volk entweddr schutzlos und ohne Aussicht auf Rettung der gewaltthätigen Willkür Preis zu geben, oder nunmehr das Schwerdt aus der Scheide zu ziehen.

Unsere treuen Vertreter haben uns aber nicht verlassen, und als sie selbst nichts mehr für uns zu thun vermochten, haben sie die letzte Waffe in unsere Hand gelegt. Die Waffe ist furchtbar. Sie kann sich eben so gegen uns selbst wie gegen unsere Feinde kehren. Beweisen wir uns würdig des Vertrauens unserer Vertreter, gebrauchen wir dieselbe mit männlicher Besonnenheit.

Wer nur immer belehrend auf seine Mitbürger zu wirken vermag, sei es in Rede oder Schrift, den suchen die traurigen Mißverständnisse abzuwenden, welche der Schritt der National-Versammlung bei den Kurzsichtigen erregen könnte. Die Versammlung hat **nicht** beschlossen, daß keine Steuern bezahlt werden sollen. Das würde den Staat in Trümmer werfen und eine spätere volksthümliche Regierung ebenso unmöglich machen, wie das jetzige Regiment der Gewalt. Die Versammlung hat nur erklärt, daß das Ministerium Brandenburg nicht befugt sei, Steuern zu verwenden und zu erheben. Damit es nun desto rascher einer volksthümlichen Regierung weichen müsse. Für eine solche aber müssen die Mittel zur Regierung in Bereitschaft gehalten werden. Es handelt sich darum nur um eine sichere Verwahrung der eingehenden Steuern.

Soll nicht die furchtbarste Anarchie durch alle Schichten der Gesellschaft sich verbreiten, so müssen die Vertreter und Behörden der Communen und alle Organe der öffentlichen Gewalt, welchen in diesem Augenblicke die Rettung des Vaterlandes über ihre persönlichen Besorgnisse geht, die Sache in die Hand nehmen. Nur auf diesem Wege werden wir ohne allzugewaltige Erschütterung über die Krisis hinweg zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung gelangen können.

Preußen.

□ **Berlin**, 15. Nov. [Tagesbericht.] Die Entwickelung unserer Verhältnisse ist seit gestern auch nicht um einen Schritt vorgerückt. Die Frist zur Ablieferung der Waffen ist gestern ziemlich erfolglos verstrichen. Es werden deshalb seit gestern Abend einzelne Straßen abgesperrt, die Soldaten begeben sich in die Häuser und fordern die Waffen, Einzelne Personen, welche sich auf die Habeas-Corpus-Akte beriefen, die ein Eindringen in die Häuser nur auf richterlichen Befehl gestattet, und welche sich der Haussuchung widersetzten, sind zur Haft gebracht, u. A. die Kammergerichts-Assessoren Wolff und Meyer. Thätlicher Widerstand hat bis jetzt noch nirgends stattgefunden. Die Theorie des passiven Widerstandes hat sich aus der Nat.-Vers. Eingang bei dem Volke verschafft und auch hier einen Anklang gefunden, der der Sache der Freiheit und der Würde des guten Rechts schwerlich angemessen ist. Man vergißt, daß auch die Mäßigung wie alle anderen guten Dinge ihr Maaß haben sollte. Bis jetzt (Nachm. 4 Uhr) sind die Haussuchungen nur in den Quartieren der Banquiers und der Aristokratie, unter den Linden und in der Dorotheenstadt vorgenommen worden. Später soll die Königsstadt an die Reihe kommen. — Die Abgeordneten wollten heut um 11 Uhr im Sitzungssaale der Stadtverordneten-Versammlung ihre Berathung fortsetzen. Es hatten sich etwa 40 Abgeordnete bereits eingefunden, als ein Major Heerbach mit seinen Mannschaften erschien, das Haus besetzen ließ, in Begleitung einiger Offiziere in den Saal trat und nach einigen Unterhandlungen zufolge schriftlichen Befehls des Generals Wrangel: „nöthigenfalls mit Gewalt, jedoch ohne Anwendung von Waffen den Saal zu räumen" die Herren veranlaßte auseinander zu gehen. Da kein Präsident anwesend war, so protestirte einer der Schriftführer Herr Hildenhagen, von neuem, und man verließ den Saal. Gegen Abend soll in irgend einem noch zu beschaffenden anderen Lokale die Sitzung zu halten versucht werden. (Siehe unten §§ Berlin.) Folgende Aeußerungen mögen die Gewalthaber Preußens, des „Staates der Intelligenz", charakterisiren: Graf Brandenburg erwiderte einer Deputation, welche die Zurücknahme des Belagerungszustandes forderte: man könne Sich versichert halten, daß er fest entschlossen sei, als ein konstitutioneller Minister zu handeln; allein in diesem Falle könne er nicht anders, Se. Majestät habe einmal befohlen. General Wrangel, wegen der Censur interpellirt, erklärte, indem er auf ein hier erschienenes Flugblatt hinwies: er selbst oder der Polizeipräsident müsse die Censur der Blätter in die Hand nehmen, denn offenbar vernachläßigten die ordentlichen Censoren ihre Pflicht. Von einer seit beinahe acht Monaten gesetzlich bestehenden Preßfreiheit wußte der Oberbefehlshaber in den Marken noch kein Wort. Die Nationalzeitung, die von der Suspension unbetroffen geblieben, ist der Willkür würdig und muthig entgegengetreten. Die Reform ist gestern Abend, obgleich suspendirt, doch erschienen und hat reißenden Abgang gefunden. Dafür aber hat das Militär von den Pressen der Reform Beschlag genommen und Herrn Ruge, (siehe Frankfurt!) ohne ihn jedoch zu treffen, während der Nacht aus dem Bett zu holen versucht. Der Assessor Wache ist gestern an der Börse verhaftet worden, eben so der Buchdruckereibesitzer Fähndrich, in dessen Offizin das Wache'sche Plakat gedruckt ist. — Die Versammlung, die gestern Abend im Klubbhause statt hatte, wurde von Militär auseinander getrieben, und der Kriminal-Aktuar Stein, der den Vorsitz führte, in die Militärgefängnisse abgeführt.

Wie der General v. Wrangel das militärische Organ des Herrn v. Manteuffel ist, so ist der bekannte v. Florencourt aus Naumburg, der sich seit einigen Tagen in Folge der Empfehlungen der Herren Leo und Gerlach hier befindet, der literarische Spießträger der Kontrerevolution. Aus seiner Feder sind die halbamtlichen Artikel in der gestrigen Nummer der Spener'schen Zeitung geflossen Sie wurden der Redaktion aus der Kanzlei des Ministeriums des Innern zugefertigt und werden in besonderen Abzügen unentgeltlich vertheilt.

Nachm. 5 Uhr. Wir erfahren so eben, daß auch der Kammergerichtsassessor Lipke und der Referendar v. Hochstetter, angeblich wegen intendirter Verleitung des Militärs zu verrätherischen Handlungen, verhaftet seien. — Die „deutsche Reform," das Organ des Herrn Milde, soll nunmehr gleichfalls suspendirt sein. Der Redakteur Herr Oldenberg wurde zu Herrn v. Wrangel beschieden. Er erhielt von dem naiven Oberbefehlshaber die Weisung, er möge „zum Frieden schreiben," dann könne er drucken lassen, was er wolle. Herr Oldenberg weigerte sich, im Sinne des

Paschas zum Frieden zu schreiben. — Unter den vielen Gerüchten, von welchen täglich Berlin überschwemmt wird, ragen besonders die über potsdamer Ereignisse hervor, deren Unwahrheit oder Uebertriebenheit sich stets herausstellt. — Wie viel an einer viel verbreiteten Mittheilung Wahres sein mag, wonach der König der Krone unter der Bedingung zu entsagen entschlossen sei, daß nicht der Prinz von Preußen, sondern dessen ältester Sohn unter der Regentschaft der Prinzessin von Preußen den Thron besteigt, müssen wir dahin gestellt sein lassen. Wir bemerken indeß, daß man dieser Mittheilung auch in solchen Kreisen Glauben schenkt, in denen es an Gelegenheit, sich von der Wahrheit derselben Kenntniß zu verschaffen, nicht fehlt. — Das Wrangel-Manteuffel'sche Paschathum begnügt sich nicht einmal an dem offnen Terrorismus. Man hat ein Netz der Spionage um Berlin gewunden, vor welchem die Systeme von Warschau und Petersburg verschwinden müssen. Aller Orten ist man von Mouchards belauscht. Einige sind bereits der Volksjustiz verfallen. — Heute wird der Belagerungszustand auch auf Schiller'sche Stücke ausgedehnt. Im königl. Theater sollte heut Abend „Don Karlos" aufgeführt werden. Wahrscheinlich auf Befehl des Herrn v. Wrangel ist dies jedoch abgeändert und es werden zwei unschuldige Lustspiele gegeben. Es scheint, man fürchtet auch die „Gedankenfreiheit" Posas.

≏ **Berlin**, 15. Nov. [Letzte Versuche der Stadtverordneten, eine Vermittelung zwischen Krone und Nationalversammlung zu bewirken. — Die unterdrückte Presse. — Verschiedenes.] Während die Vertreter der Nation auch heute wieder durch die Militärgewalt auseinander gesprengt wurden, hatten die Vertreter der Commune in einem anderen Lokale Sitzung, und beschlossen, an die National-Versammlung folgende Adresse abzusenden:

Hohe National-Versammlung.

Die Rechte der Nation sind durch die Minister der Krone gekränkt — verletzt durch Minister, welche das Vertrauen des Landes nie gehabt haben und nie haben werden, welche in unglücklicher Täuschung das Vaterland an den Abgrund des Verderbens führen. Die heiligen Rechte der Nation sind ehrenvoll erkämpfte, durch Königswort besiegelte, und die Bürgerschaft Berlins wird die letzte sein, welche sie aufgiebt, sie war die erste, welche erklärte, daß sie auf der Seite der National-Versammlung stehe. Es ist der Wille unserer Bürgerschaft, es ist der Wille einer großen Nation, welche daran festhält. Wir wollen eine Verfassung vereinbaren, **nicht aber als Geschenk empfangen**, dazu haben wir Sie erwählt. — Sie, die Männer unseres Vertrauens, gehören uns, und kein Diener der Krone soll Sie uns nehmen, Niemand Ihre Vollmacht rauben, welche Sie von der Nation haben. Wir sind nie stärker gewesen, als unter der Gewalt der Waffen, in dem Bewußtsein unsers guten Rechtes. Aber eben dieses Bewußtsein wird Ihnen, hohe Versammlung, die Kraft geben, mit Festigkeit und Ausdauer den Weg zu verfolgen, welcher unsere gute Sache zum Siege führt, Sie werden im Bewußtsein des eigenen Rechts auch die hohen Rechte der Krone zu wahren und die Leidenschaft zu zügeln wissen, welche über diese Schanze hinausführt. Sie werden auch in Ausübung Ihrer Befugnisse nicht solche Schritte thun, welche das Vaterland ins Verderben stürzen. Darum bitten und beschwören wir Sie, den Antrag auf Steuerverweigerung zurück zu weisen. Wir sind zu stark, um einen Schritt der Verzweiflung zu thun, welcher Krone und Land in ein unabsehbares Elend und jahrelange Verwirrung stürzen und unseren Rechten die Herzen abwenden würde. Wir beschwören Sie die Rechte der Krone zu ehren und die Krone wird die unsrigen achten und ihre Rathgeber künftig aus Männern wählen, welche das Vertrauen der hohen Versammlung haben. Wir bitten uud beschwören ehrerbietigst eine hohe Versammlung, die Hand zu einem ehrenvollen Vergleich zwischen Krone und Nationalversammlung — zwei gleichberechtigte Mächte — zu bieten. — Ein für die Krone unehrenvoller Vergleich würde ihr die Herzen und die Ueberzeugungen des Landes abwenden, wir beschwören Sie dahin zu streben, in treuer duldender Ausdauer festzuhalten, gegenüber der Gewalt der Waffen und der Leidenschaften, festzuhalten an unsern guten Rechten — dem Lande aber den Frieden wieder zu geben und dem Volke eine freie Verfassung.

Die Stadtverordneten zu Berlin.

Auch an das Ministerium wird eine Adresse beschlossen, welche demselben nochmals die Gefahr des Vaterlandes schildert, indem eine Abschrift der obgenannten Adresse mit beigefügt werden soll. Die Adresse, welche ebenfalls gleich abgesandt worden ist, lautet:

Hohes Staatsministerium.

Die Nachricht, daß die National-Versammlung über den Beschluß der Steuerverweigerung berathe, hat uns an die dringende Pflicht gemahnt, den Weg der Vermittlung auch jetzt nicht zu verlassen und in dieser Ueberzeugung haben wir auf die möglichen Folgen hinzuweisen in dem abschriftlich beiliegenden Schreiben uns für gedrungen erachtet; ebensowohl erscheint es uns unabweisliche Pflicht, die Aufmerksamkeit eines hohen Staatsministerii auf die Gefahr hinzulenken, welche dem Lande droht, wenn die Steuerverweigerung von den Vertretern der Nation ausgesprochen und somit eine Ausgleichung des Konflikts mit der Krone nicht mehr zu hoffen steht. — In dieser Befürchtung beschwören wir ein hohes Staatsministerium die Versöhnung nicht unmöglich zu machen und die grenzenloseste Gefahr von dem Lande abzuwenden.

Die Stadtverordneten zu Berlin.

Dann wurde sofort eine Deputation an den Prinzen von Preußen nach Potsdam, bestehend aus den Stadtverordneten Scheffer, Dunker, Greist, Lewald, Bodl und Jaffe abgesandt, um dessen Vermittelung zur Aussöhnung zwischen Krone und Volk in Anspruch zu nehmen. Die Deputation ist bis jetzt Abends 10 Uhr noch nicht zurückgekehrt. Gleichzeitig will die Stadtverordneten-Versammlung gegen den § 10 der Wrangelschen Bekanntmachung über den Belagerungszustand protestiren, wonach die Stadt für allen Schaden an öffentlichen Gebäuden aufkommen soll. — Mehre Bürger sind schon bei den Stadtverordneten über das brutale Verfahren der Soldaten bei Abnahme der Waffen vorstellig geworden. Unter Anderem hat man dem Stadtverordneten Hegl das Haus mit 400 Mann Soldaten besetzt, weil man glaubte, darin mehr Waffen zu finden, als man erhalten. Die Stadtverordneten haben sofort Beschwerde beim Kommandanten eingelegt. — An sämmtlichen Spritzen der Stadt sind die Hähne von den Schläuchen abgenommen worden, man weiß nicht von wem, doch glaubt man, daß es eine Maßregel Wrangels ist, da sich das Gerücht verbreitet habe, man wolle die Soldaten mit Scheidewasser ꝛc. bespritzen. — Wie es mit unserer Presse aussieht, davon nur folgendes Faktum. Wrangel hat heute Nachmittag die beiden Redakteure der Voßschen und Spenerschen Zeitung zu sich beschieden und erklärte ihnen, daß, wenn ihre Zeitungen sich nicht der politischen freisinnigen Raisonnements, sowie der Berichte über die National-Versammlung enthielten, ja wenn sie nur das eine Wort „National-Versammlung" darin aufnehmen würden — dann werde er die Zeitungen sofort verbieten. Bei der Vossischen Zeitung ist man jetzt nach vielen inneren Kämpfen übereingekommen, jetzt auch jeden reaktionären Artikel entschieden zurückzuweisen, man will jetzt eine nur neutrale Stellung behaupten. — Grabow hat heute wieder Audienz beim Könige gehabt. — In der Stadt sind einzelne Theile ganz verödet, und noch immer sieht man Hunderte von Familien fliehen. Die Erbitterung des Volkes hat jetzt einer dumpfen Wuth Platz gemacht, jeden Augenblick fürchtet man den Ausbruch derselben. Bis jetzt hat sich das Volk in seiner ganzen Größe und Erhabenheit gezeigt.

§§ **Berlin**, 15. November. [Die Sitzung der Nationalversammlung], welche auf heute Morgen um 11 Uhr im Sitzungssaale der Stadtverordneten anberaumt war, hat nicht stattgefunden. Kurz vor 11 Uhr, also vor Beginn der Sitzung, marschirte ein Detaschement des Kaiser-Franz-Regiments vor das Haus auf. Ein Major nebst einigen Offizieren gehen hinauf und treten in den Saal ein, während die Treppen und Ausgänge auch von innen mit Soldaten besetzt werden. Im Saale sind etwa 100 Abgeordnete anwesend, vom Präsidium ist noch Niemand da. Der Major fordert die Anwesenden auf, den Saal zu räumen, er habe den Auftrag vom General Wrangel erhalten und bitte, ihm die Erfüllung seiner Pflicht nicht zu erschweren. Der Abgeordnete Dörk trat dem Major entgegen und fragte ihn, ob er wisse, daß heut die preußische National-Versammlung ihre Sitzung halte. Der Major erwiederte, er wisse von alle dem nichts, er habe den Auftrag, den Saal zu räumen, er müsse dem Befehle seiner Vorgesetzten nachkommen, so wolle es die militärische Disziplin. Der Abgeordnete Dörk erwiederte hierauf, daß der Präsident die Sitzung hier anberaumt, und daß die Abgeordneten eben so den Anordnungen des Präsidenten Folge zu leisten hätten, wie der Major denen seiner Oberen. Sodann befragte er den Major (v. Herwart), ob derselbe eine schriftliche Ordre habe. Der Major fragte dagegen, ob, wenn er diese vorzeige, die Anwesenden den Saal verlassen würden. Abg. Dörk sagte, er könne den Major überhaupt nicht eher als legitimirt anerkennen, bis derselbe eine schriftliche Ordre vorzeige. Darauf übergab der Major dem Abgeordneten die Ordre, welche letzterer laut verlas. In demselben Augenblicke erschien der Schriftführer, Abgeordneter Schneider und ersuchte die Anwesenden, der gegen sie angewandten Gewalt zu weichen und den Saal zu verlassen, was denn auch geschah. — Die Abgeordneten begaben sich darauf in ihre Partei-Versammlungen, um darüber zu berathen, ob und wann sie etwa eine andere Sitzung halten wollen. Die Mehrzahl ist der Ansicht, vorläufig die Sitzungen zu vertagen, zuvor aber noch die Steuerverweigerungsfrage zu erledigen. Die Entwaffnung geht seit diesem Morgen vor sich, die betreffenden Straßen werden stark besetzt, und dann in den Häusern die Waffen abgefordert; Niemand giebt sie freiwillig, die Soldaten müssen sie nehmen und trotzdem erhalten sie nur einen sehr kleinen Theil, höchstens 10 Prozent.

Nachmittags 5 Uhr. Es sind sehr wichtige Nachrichten von Frankfurt a. M. eingetroffen. Die Majorität der Nationalversammlung will dem Ministerium Schmerling ein Mißtrauensvotum geben; dasselbe soll sich besonders darauf stützen, daß das Ministerium so ohnmächtig und ohne Ansehen gewesen, daß die Reichskommissarien nach Oesterreich beim Kaiser gar nicht vorgelassen worden, daß dieselben Robert Blums Hinrichtung nicht zu hindern gewußt, endlich daß das Ministerium den Konflikt zwischen der Berliner Nationalversammlung und der Krone Preußen auf konstitutionellem Wege nicht auszugleichen vermocht. Deshalb will die Majorität erklären, daß ein solches Ministerium ihr Vertrauen nicht verdiene. — Bestätigt sich diese Nachricht, so würde der Untergang der frankfurter Centralgewalt nur beschleunigt werden. Denn unausbleiblich scheint derselbe, nachdem man in Frankfurt die demokratischen Parteien so ganz und gar mit Füßen getreten; die preußische Nationalversammlung hat durch ihre großartige Haltung in den letzten 14 Tagen Preußen zu seinem gerechten Einfluß wieder verholfen, und Berlin wird der Mittelpunkt der deutschen Einheit sein, wenn letzterer zur Wahrheit werden soll.

P. S. Soeben vernehme ich, daß heute Abend um 7 Uhr eine Sitzung der Nationalversammlung im Mielentz'schen Lokale stattfinden wird.

§§ **Berlin**, 15. Novbr. [Abendsitzung der Nationalversammlung im Mielentz'schen Saale.] Die Nationalversammlung hat endlich dem Ministerium Brandenburg den letzten Schlag versetzt. **In dem Augenblick, als von Neuem Bajonnette im Begriff waren, die Versammlung auseinanderzusprengen, hat diese einstimmig (226 Mitglieder waren anwesend) folgenden Beschluß gefaßt: „Die National-Versammlung beschließt, daß das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt ist, Staatsgelder zu verwenden und Steuern zu erheben, bis die Versammlung wieder in Berlin, in Sicherheit ihre Pflichten erfüllen kann und tritt dieser Beschluß am 17. November in Kraft.** Die Sitzung wurde um 7¼ Uhr unter dem Vorsitze des Präsid. Unruh eröffnet. Derselbe erklärte, daß er die Sitzung in Folge Aufforderung von 203 Abgeordneten anberaumt habe, weil es nothwendig sei, über die Steuerfrage einen Beschluß zu fassen. Es wurde zum Namenaufruf geschritten, 226 Mitglieder waren anwesend. Der Abgeordnete Fischer verwahrt seine Landsleute, die Westfalen, vor dem Verdachte, als theilten sie die Gesinnungen des Abg. Rintelen, welcher, obwohl er Mitglied der Deputation war, die beim Könige gegen das Ministerium Brandenburg protestirt hat, nun in dieses Ministerium eingetreten. Nachdem der Abgeordnete Elsner über die eingegangenen Adressen (seit gestern mehr als 100) berichtet, verliest der Abgeordnete Kirchmann den Bericht der Commission über die Steuerfrage. Nach Beendigung der Verlesung knüpft der Abgeordnete Kirchmann daran einen ausführlichen Vortrag, worin er die Gründe entwickelt, welche ihn bestimmt, nachdem er am Sonntag gegen den Antrag gewesen, heute für denselben zu stimmen. Er entnimmt dieselben aus den zahllosen Gewaltstreichen, welche das Ministerium seit Sonntag den früheren hinzugefügt. Der Antrag der Kommission lautete bekanntlich dahin, daß kein Ministerium zur Erhebung der Steuern berechtigt, bis der Beschluß wieder aufgehoben. Der oben mitgetheilte Beschluß war als Amendement von den Abg. Schornbaum, Schulze-Delitzsch, Phillips und Blöm gestellt worden. Der Abg. Jacobi schloß sich demselben im Namen seiner Freunde an. Eben sollte der Schluß der Debatte herbeigeführt werden, als der Major Herwart den Saal betrat und an den Präsidenten dieselbe Aufforderung richtete, wie heute Morgen im Rathhause. Der Präsident sagte: es werde hier jetzt berathen, und in Gegenwart der Bajonnette könne dies nicht geschehen, er müsse daher die Sitzung schließen. Darüber erhoben sich Alle mit heftiger Gebehrde und schrien: „Nein! Nein!" Rodbertus sagte dem Major: sie wollten nur noch abstimmen, alsdann würden sie gehen. Der Major entfernte sich. Die Ruhe wurde endlich hergestellt, das Amendement zur Frage gestellt und „einstimmig" angenommen. — Um 9 Uhr schloß der Präsident die Sitzung, indem er sich vor-

behielt, zu geeigneter Zeit die Abgeordneten zusammen zu berufen. Unter lautem stürmischen Jubel entfernte sich die Versammlung und nahm ihren Weg unten durch eine Gasse von Bajonnetten. Auch Volksmassen umstanden das Haus und brachten der Versammlung ein Hurrah!

Beckerath soll in Potsdam sein.

Unser ☐ Korrespondent meldet in einer Nachschrift seines gestrigen Schreibens, daß spät Abends die Nachricht in Berlin verbreitet worden sei, **Potsdam und Stettin seien in Belagerungszustand erklärt.**

* **Berlin**, 15. November. [Königliche Gebäude. — Abg. Schramm frei. — Die Kaufmannschaft.] Das Militär hat alle königliche und öffentlichen Gebäude, insbesondere die, wo sich Geld, wichtige Papiere oder werthvolle Gegenstände befinden, sehr stark besetzt. So das Museum, Zeughaus, Commandantur-Gebäude, die Bank, Seehandlung, Staats-Schuldentilgungskasse, Generalmilitärkasse, das Schauspielhaus u. s. w. In den letztern liegen gegen zwei Bataillone. — Mehrere der genannten Gebäude sind durch Versetzung der Fenster mit Wollsäcken und ähnlichen Maßregeln in einen sehr starken Belagerungs-Zustand gesetzt. — Die Einquartierung bei einzelnen Einwohnern ist großtentheils zurückgezogen. — Der Landtags-Abgeordnete Schramm, welcher von dem Militär verhaftet worden war, weil derselbe Plakate des demokratischen Klubbs vertheilt haben sollte, ist vom Criminalgericht gestern früh sofort wieder in Freiheit gesetzt worden, weil gegen denselben nach Ansicht des Gerichts gar keine verbrecherische Handlung vorliege. — Das Präsidium der Nationalversammlung hat sich an die Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft gewandt, um eine Anleihe durch dieselbe zu erhalten. Das Kollegium war nicht beschlußfähig beisammen, hat also nur eine vorläufige Antwort ertheilen können, die dem Vernehmen nach dahin geht, daß den Statuten zufolge die dem Kollegio zu Gebote stehenden Mitel nur für Corporationszwecke verwandt werden dürfen. Dagegen würde der Auslegung einer Subscription auf der hiesigen Börse zur freiwilligen Betheiligung einzelner Mitglieder nichts im Wege stehen. — Auf dem Molkenmarkt geriethen gestern Mittag zwei junge Männer wegen politischer Ansichten in Streit. Einer schimpfte den anderen Reaktionär. Hierüber wurde der Geschimpfte so erbittert, daß er einen langen Dolch, welchen er in der Tasche trug, hervorzog, und den Anderen damit in den Rücken stach. Leider ist hierbei die Lunge so sehr verletzt worden, daß wahrscheinlich der Tod eintreten wird.

Telegraphische Depesche.

Der Minister des Innern an den Ober-Präsidenten von Schlesien.

Die Entwaffnung der Bürgerwehr nimmt ihren Fortgang. Es sind gestern mehr als 3000 Gewehre abgeliefert worden. Die Ruhe der Stadt ist nicht gestört worden.

Berlin, den 16. November 1848.

[Staats-Anzeiger.] Da die zur freiwilligen Ablieferung der Waffen festgesetzte Frist abermals vorübergegangen ist, ohne daß der Aufforderung genügt worden, die der Bürgerwehr vom Staate verabreichten königlichen Dienstwaffen zurückzuliefern, so wird es nunmehr Pflicht der Behörde, mit der Abnahme der Waffen alles Ernstes vorzuschreiten.

Es soll hierdurch zugleich vorzugsweise verhindert werden, daß den Bürgern noch ferner die Waffen von Unbefugten auf die gewaltsamste Weise abgenommen werden, wie dies bisher vielfäleig geschehen ist. — Auf Anordnung der Kommandantur werden demnach morgen früh von 9 Uhr ab in den Straßen Militär-Patrouillen erscheinen, welche Transportwagen mit sich führen. Sobald von den Patrouillen ein Zeichen mit der Trommel gegeben worden, müssen in allen Häusern sämmtliche gelieferte Waffen nebst Munition auf den Hausfluren zusammengebracht werden, von wo sie durch Kommandirte in Empfang genommen werden sollen. Sollte auch dieser Aufforderung nicht nachgekommen werden, so haben die Haus-Eigenthümer und die Besitzer von Waffen sich die unvermeidlichen Folgen selbst beizumessen, welche mit einer Haussdurchsuchung und gewaltsamen Waffen-Fortnahme verbunden sind. Die Militär-Behörde erwartet indeß von dem ehrenwerthen Sinn der Bürgerschaft und namentlich von einer geeigneten Mitwirkung der Bezirksvorsteher, daß dieselbe den Truppen in ihrer schwierigsten Aufgabe entgegenkommen und nicht durch unerwarteten Widerstand die größten Gefahren über die Stadt und das Vaterland herbeiführen werde. Für jede abgelieferte Waffe wird eine Marke ausgeheilt. Berlin, den 14. Nov. 1848. von Thümen, General-Major und Kommandant.

Die nachstehende, bei Trommelschlag seitens der hiesigen Garnison, und durch öffentlichen Anschlag am Abend des 13. d. M. hier publizirte Bekanntmachung wird von neuem hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht: In Verfolg meiner Bekanntmachung vom 12. d. M. bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß Alle, welche in Berlin oder in dessen unter Belagerungszustand gesetzten Umgebungen durch eine verrätherische Handlung den von mir kommandirten Truppen Gefahr oder Nachtheil bereiten, auf Grund der Vorschrift § 18, Thl. 2 des Militär-Straf-Gesetzbuches vom 3. April 1845 sofort vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen. Berlin, den 15. Novbr. 1848. (gez.) von Wrangel, General.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf meine Proklamation vom 12. d. M. weise ich sämmtliche Einwohner der Stadt und des Bezirks, für welchen der Belagerungs-Zustand verkündet ist, hierdurch gemessenst und bei Vermeidung kriegsrechtlicher Bestrafung an: alle sich bei ihnen aufhaltenden fremden Personen, zu deren Meldung sie nach den bestehenden Polizeigesetzen verpflichtet sind, gleichviel ob dieselben schon gemeldet worden oder nicht, bis morgen den 17. d. M. Nachmittags 2 Uhr bei der ressortmäßigen Polizeistelle in der polizeilich vorgeschriebenen Form zu melden. Berlin, den 16. Nov. 1848. Der Ober-Befehlshaber der Truppen in den Marken. v. Wrangel.

Cirkulare an sämmtliche königl. Regierungen. Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß in verschiedenen Landestheilen auf dem platten Lande dadurch eine nicht unbedeutende Aufregung hervorgerufen wird, daß man das Gerücht verbreitet, als gehe die Staats-Regierung damit um, die Wohlthaten, welche durch die bereits vorgelegten und vorbereiteten Gesetze der ländlichen Bevölkerung zu Theil werden sollen, nicht in Erfüllung gehen zu lassen. Die Regierung ist jedoch auch in dieser Beziehung fest entschlossen, den betretenen Weg zu verfolgen und den bäuerlichen Eingesessenen jede irgend zulässige Erleichterung zu gewähren. Die königliche Regierung verpflichte ich, von dieser Absicht der Staatsregierung der ländlichen Bevölkerung Ihres Bezirkes schleunigst auf geeignete Weise Kenntniß zu geben und die Landräthe zu veranlassen, daß in den einzelnen Ortschaften der Kreise das erwähnte Gerücht widerlegt und den Eingesessenen die Ueberzeugung verschafft werde, wie das Staats-Ministerium entschlossen sei, wie alle die von Sr. Majestät dem Könige ertheilten Zusagen getreu zu erfüllen, so namentlich auch das Wohl der ländlichen Bevölkerung nach Kräften zu förbern. Berlin, den 15. November 1848. Der Minister des Innern.

Unter Bezugnahme auf den § 17 des Gesetzes vom 15. April d. J. wird hierdurch bekannt gemacht, daß am 31. Oktober d. J. circa 4,420,385 Rthl. in Darlehnskassen-Scheinen in Umlauf waren. Berlin, den 14. November 1848. Finanz-Ministerium. Im allerhöchsten Auftrage. Kühne.

Das dem Herrn J. Nering Bögel zu Isselburg unterm 31. August v. J. ertheilte Patent auf eine doppelt wirkende Pumpe, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Ausführung ist wegen unterbliebener Anwendung erloschen.

Dem Mechanikus Schlarbaum zu München ist unter dem 9. November 1848 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, für neu und eigenthümlich erachtete Einrichtung der Stempel zu Petschaften auf 5 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden. (St.-Anz.)

---

* **Potsdam**, 16. Nov. [Militärisches.] Wir sehen seit diesem Morgen viele Landwehrmänner hier ankommen, da die Landwehr einberufen worden ist. — Wer Abends am königl. Stadtschloß hier vorbeigeht, wird von dem hell lodernden Bivouakfeuer im Schloßhofe und durch das lebendige Kriegerleben mit Gesang überrascht. Das Schloß ist nämlich von Abends bis zum andern Morgen stärker, als am Tage von Truppen besetzt, die sich am Bivouakfeuer erwärmen. — Gestern ist das 6. Kürassier-Regiment Kaiser Nikolaus hier eingerückt, und hat die Garde-Husaren-Kaserne bezogen.

* **Landsberg** a. W., 14. Nov. [Militärisches.] So eben geht hier per Estafette die Ordre ein, das Landwehr-Bataillon, 802 Mann stark, mobil zu machen. Die Eile, womit die Aushebung betrieben wird, giebt den Beweis der Nothwendigkeit dieser unerwarteten und exceptionellen Maßregel; doch vermag sich Niemand über den Grund Rechenschaft zu geben. Nach Einigen soll das Bataillon nach Stettin oder Cüstrin bestimmt sein, um die Linientruppen anderweitig verwenden zu können; nach Andern soll es wieder nach Posen gehn. Ob die vielseitig ausgesprochene Weigerung, sich nicht einkleiden zu lassen, ausgeführt werden wird, muß uns die Zukunft lehren.

Köln, 12. November. Durch telegraphische Depesche hat das hier stehende 15. Infanterie-Regiment Befehl erhalten, unverzüglich nach Berlin zu rücken. (A. Z.)

Düsseldorf, 13. Nov. [Die Berliner Angelegenheiten.] Wie allerwärts am Rheine, so hat auch hier das Attentat des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel auf die Rechte des Volkes unter allen Klassen der Bevölkerung die größte Entrüstung verursacht: andererseits hat das in der Neuzeit ohne Beispiel dastehende muthvolle, kräftige Beharren der Nationalversammlung auf dem gesetzlichen Widerstande gegen die verderblichen Plane der Kamarilla die ganze Bevölkerung zum gerechtesten Danke zu ersterer verpflichtet. In allen Schichten der Gesellschaft giebt sich derselbe kund und fand seinen Ausdruck in einer Adresse, die gestern in einer großen Volksversammlung berathen und angenommen wurde. — Die Bürgerwehr erklärte in einer Versammlung in einer Adresse ihre vollkommenste Uebereinstimmung mit den von der Nationalversammlung getroffenen Beschlüssen. Auch der Gemeinderath hat, wie schon gestern gemeldet wurde, der Nationalversammlung die Anerkennung ihres Verhaltens ausgesprochen. Der Volksklubb hat sich permanent erklärt. Hoffen wir sehnlichst, daß die Nationalversammlung siegreich aus dem Kampfe hervorgeht, daß die Absichten des Absolutismus auf immer vereitelt, und daß die Rechte des Volkes endlich eine Wahrheit werden!

Aachen, 12. Nov. Heute Vormittags hat der hiesige „Volksverein“ in außerordentlicher Sitzung, zu welcher alle Bürger Aachens eingeladen waren, und wo in Folge des starken Besuches das geräumige Lokal viel zu klein war, durch Akklamation erklärt: „daß der Volksverein und die anwesenden Bürger Aachens mit den Beschlüssen der Nationalversammlung vollständig einverstanden seien, und daß sie, im Falle der Noth dieselben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen würden.“ Darauf wurde auf den Antrag eines Bürgers beschlossen, eine Commission aus sechs Mitgliedern zu wählen, welche die waffenfähige und waffenlustige Bevölkerung Aachens, die noch nicht der Bürgerwehr eingereiht sei, aufzufordern hätte, derselben beizutreten und sich in den Waffen zu üben, um nöthigen Falls Gewalt gegen Gewalt stellen zu können. Um 3 Uhr Nachmittags hält die Bürgerwehr auch eine außerordentliche Versammlung.

Münster, 12. Nov. [Die Berliner Nachrichten] haben die ganze Stadt in die größte Aufregung versetzt. Die Stimmung ist eine entschlossene und erhabene, man fühlt, daß unsre Geschichte dem Wendepunkt nahe getreten ist, daß bald jeder einzelne berufen sein wird, für seine Ansichten, für seine politischen Rechte persönlich kämpfend, aufzutreten.

In Folge der Nachrichten wurde gestern Abend eine Volksversammlung abgehalten, die von 1200 bis 1500 Personen besucht war. Die Haltung der Versammlung war vortrefflich, ein Gefühl lebte in allen, der entschlossene Wille, von den Errungenschaften des März kein Haar breit sich nehmen zu lassen. Einmüthig erklärte sich die ganze Versammlung, für die Berliner Versammlung einstimmig beschloß sie eine Adresse an dieselbe abzusenden. Sodann in einer Proklamation an Westfalens Volk dieselbe aufzufordern, wie Ein Mann ihre Sympathien für die Versammlung zu erklären und nöthigenfalls zu bethätigen. — Außerdem wurde beschlossen, die städtischen Behörden und die hiesige Bürgerwehr zu gleichen Aussprüchen aufzufordern; endlich täglich Volksversammlungen abzuhalten, bis die Gefahr des Vaterlandes vorüber. Die so schmählich aus Berlin entflohenen Abgeordneten Bürhaus und Windhorst sind hier angekommen. Es wird schwer sein, das aufgeregte Volk von thätlichen Demonstrationen gegen die ehrenwerthen Herren abzuhalten.

Stettin, 15. Novbr. [Berliner Angelegenheiten.] Es ist gestern der Befehl hier eingegangen, 10 Bataillone Landwehr einzuziehen; die Waffen sollen nach Garz geschafft und die Landwehr dort eingekleidet werden. — Unsere städtischen Behörden haben sich entschieden gegen das Ministerium und für die Nationalversammlung ausgesprochen, desgleichen die Bürgerwehr. — Unsere Provinz ist aus ihrer pommerschen Ruhe furchtbar aufgestört; aus allen Bezirken, aus allen Städten laufen uns Adressen und Erklärungen ein, die Nationalversammlung als allein gesetzlich betrachten zu können, ihre Beschlüsse anerkennen und schützen zu wollen. Der fast gleiche Wortlaut aller dieser Erklärungen überhebt uns der Verlegenheit, in der wir uns sonst befinden würden, sie einzeln abzudrucken. — Ja, man macht in unserer Provinz, wie es scheint, auch vollkommenen Ernst damit, seinen Worten Nachdruck zu geben. Gestern Abend traf hier eine bewaffnete Schaar aus Greifswald ein, um den Berlinern zu Hülfe zu ziehen. Auf die ernstlichen Vorstellungen des Vororts und nach Kenntnißnahme der gegenwärtigen Sachlage sind sie jedoch bereits wieder zurückgekehrt, um ihre Kraft, wenn es nöthig werden sollte, für den heimischen Heerd aufzusparen. — Die Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten von Stettin begab sich gestern früh nach Potsdam, um wo möglich Zutritt zu Sr. Majestät dem Könige zu erhalten. Dies gelang indeß nicht; durch den General v. Bonin wurde der Deputation die Antwort:

es schmerze Se. Majestät tief, daß auch die Stadt Stettin sich gegen ihn erkläre, er könne indeß von dem betretenen Wege nicht abweichen, wolle übrigens alle Verheißungen erfüllen (!). Auf dringendes Bitten der im Vorzimmer anwesenden Stabsoffiziere machten die Deputirten einen zweiten Versuch, Gehör zu erwirken, doch mit keinem bessern Erfolge; der General v. Bonin hatte diesmal die ihnen zu ertheilende Antwort aufgeschrieben, um sie ganz getreu wiederzugeben; sie wich in keinem Punkte von der früheren ab.«

(Ostsee-Z.)

Halberstadt, 13. Novbr. [Die Landwehr erklärt sich für die National-Versammlung.] Die gestern abgehaltene, wiederum sehr zahlreich besuchte Volksversammlung beschloß die Bildung eines Corps, das sich auf den ersten Ruf der Nationalversammlung bewaffnen, und zu ihrem Befehl stellen wird. Endlich wurde noch gestern Abend eine Versammlung der hiesigen Landwehrmänner 1sten und 2ten Aufgebots unter Vorsitz eines Landwehr-Lieutenants gehalten, und trotz der Gegenreden des Bataillons-Commandanten beschlossen, nur die National-Versammlung als einzig im Staate zu Recht bestehende Behörde anzuerkennen, und wurde beifolgende Adresse in diesem Sinne an dieselbe beschlossen:

Hohe Nationalversammlung! Die entschlossene, würdige Haltung, welche Sie den willkürlichen, ungesetzlichen Schritten der Krone gegenüber beobachtet haben, ruft im ganzen Vaterlande die freudigste Begeisterung hervor. Dieses Benehmen, in diesen welthistorischen Tagen sichert Ihnen die einstige Anerkennung der Nachwelt; nehmen Sie hier den feurigen Dank eines Theils Ihrer Mitbürger.

Gleich Ihnen von der hohen Aufgabe der Gegenwart begeistert, die Freiheit des Volkes mit erringen zu helfen und von dem Gefühle durchdrungen, Ihnen, als den gesetzlichen Vertretern der ganzen Nation, jeden thatkräftigen Beistand leisten zu müssen, haben die Reservisten und Landwehrmänner 1sten und 2ten Aufgebots in Halberstadt einstimmig beschlossen, nur von der Nationalversammlung künftighin Befehle anzunehmen, so lange als die Krone sich außerhalb des Gesetzes befindet.

Wir haben einst dem Vaterlande den Eid der Treue in die Hände des Königs, als des damaligen Repräsentanten des Gesetzes geleistet. Wir halten es daher für unsere heiligste Pflicht, in dem Augenblicke, wo der König dem Gesetze entgegentritt, uns derjenigen Behörde zuzuwenden, welche dasselbe aufrecht erhalten will. Nur auf diese Weise glauben wir unsern, der Gesetzlichkeit im Vaterlande geleisteten Eid zu erfüllen und wie Sie erklärt haben, mit der Freiheit stehen und fallen zu wollen, so rufen wir Ihnen mit freudiger Begeisterung zu:

Wir stehen und fallen mit der National-Versammlung.

Halberstadt, den 12. November 1848.

Im Auftrage der Reservisten und Landwehrmänner 1sten und 2ten Aufgebots.
(Mehrere Offiziere und Unteroffiziere des 1sten Bataillons 27sten Landwehr-Regiments.)

(M. Z.)

Halle, 13. November, 2 Uhr Mittags. Beim Schluß unseres Blattes war die Stadt in großer Aufregung, welche durch den unerwartet eingetroffenen Befehl zum sofortigen Ausmarsch des hier garnisonirenden Militärs, so wie durch die Nachrichten von dem Belagerungszustande Berlins hervorgerufen war. Man wollte den Ausmarsch der Truppen verhindern. Bis jetzt ist derselbe noch nicht erfolgt. (Hall. C.)

* **Breslau, 11. November.** (Die Heer- und Wehrverfassung des Generals v. Willisen.] Der General v. Willisen ist durch seine Sympathie für zeitgemäße Reformen, für die polnische Sache und durch seine militärische Wirksamkeit in hohem Grade ein politischer „öffentlicher Charakter“ geworden. Der General v. Willisen hat heftige Anfechtungen von den Anhängern eines alten Systems, von den militärischen Fachmännern, deren Blick nicht über den Ruhm der sogenannten Freiheitskriege hinausreicht, von den blinden Anbetern der Hofpolitik zu erfahren gehabt. Wenige haben diesem Ehrencharakter zur Seite gestanden, Wenige haben es gewagt, öffentlich für denselben das Wort zu nehmen. Die „befangene“ (nicht die echte) Nationalliebe, welche sich schon dadurch im Herzen getroffen fühlt, wenn man eine Frage der Politik nicht nach den leidenschaftlich auftretenden Persönlichkeiten, sondern aus der Natur des Sachverhältnisses zu beantworten sucht, diese befangene, vorzugsweise militärische Nationalliebe hat eben in ihrer krankhaften Reizbarkeit sich sogar zu Verunglimpfungen des General Willisen hinreißen lassen. Wir aber halten nach allen Antecedenzien und soweit uns die Generalität in der Armee bekannt ist, den General Willisen für den einzigen Militär, welcher in der Stellung eines Ministers des Krieges nicht allein dauernd die Zustimmung der Nationalversammlung gewinnen würde, sondern auch zur Zeit allein das Vertrauen einer außerordentlichen Mehrheit in der preußischen Nation genießt, grade um der Verketzerungen willen, die ihn betroffen. Der General v. Willisen hat daher den vollsten Anspruch darauf, daß sein öffentliches Wirken öffentlich beurtheilt wird; die Nation hat Anspruch darauf, daß ihr zu Beurtheilung dieses unvermeidlichen Mannes (dem wir persönlich durchaus fern stehen) die Stoffe geliefert werden. In allerjüngster Zeit hat der General v. Willisen sich wiederum schriftstellerisch bei Beantwortung einer der Kapitalfragen der Gegenwart betheiligt. Es liegt uns eine Abhandlung desselben über die Heer- und Wehrverfassung unseres preußischen und deutschen Vaterlandes vor und durch einige wenige Reflexionen über diese interessante Schrift gedenken wir auch bei den sonst Indifferenten eine Befreundung mit der Gesinnung und den Kenntnissen dieses Generals zu bewirken. — In der Einleitung zu seiner Abhandlung spricht der Verfasser der erwähnten Schrift sich in einer sehr bezeichnenden Weise aus; wenige Generale der Armee möchten mit solcher Urbanität und zugleich mit solcher Verstandesschärfe unsere Nationalaufgabe erfaßt haben. Es heißt in dieser Einleitung: „Das goldene Zeitalter liegt vor uns, nicht hinter uns. Dasselbe ist also unser Ziel, und wir gehen demselben entgegen. Der Weg zu diesem Ziele ist die Entwickelung des Rechts. Dasselbe muß zuerst bei den Gedanken gefunden und dann in der Wirklichkeit dargestellt werden. Wird dieses einst vollständig erreicht sein, dann sind wir an dem bezeichneten Ziele, dann werden keine Waffen mehr sein. Wie die Herrschaft des Rechts die Waffen verdrängt, lehrt uns die Geschichte.“ Wir bekennen, daß wir bei einer solchen Auffassung der Geschichte, es in der That nur wünschenswerth finden können, wenn General von Willisen zu einer Stellung berufen wird, bei der er eine staatsmännische Wirksamkeit entfalten kann. Die einzelnen Abschnitte der beregten Schrift, welche zwar nicht in unmittelbarem Zusammenhange stehen, in welchen jedoch der rothe Faden, welcher sich hindurchzieht, sichtbar sein wird, sind:

1) Unterschied von Wehr und Heer, Stärke und Bildung des einen und des andern, Vorschlag, wie aus den jetzigen Formen in die, der Zeit und den Bedürfnissen entsprechenden überzugehen ist.

2) Das Ersatzsystem des Heeres als wesentliche Grundlage der Verfassung desselben.

3) Beförderungs-System. Konduitenlisten.

4) Uebungs-System; die Grundgedanken schließen sich wieder an das Ersatz-System an.

Die Schrift hat den Titel: „Die Heer- und Wehr-Verfassung. Eine Abhandlung, gewidmet den hohen Nationalversammlungen zu Frankfurt und Berlin von A. v. W. Berlin 1848. Duncker u. Humblot. (Preis $7\frac{1}{2}$ Sgr. 40 Seiten.)“

Der Geist der neuen Zeit athmet in dieser Broschüre die Begeisterung für ein einiges, großes Deutschland, die Würdigung preußischen Ruhms und preußischer Ehre und finden wir in dem Inhalte derselben das biedere deutsche Herz wieder, das wir längst schon anzuerkennen innerlich gezwungen waren.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 13. Nov. [114. Sitzung der deutschen verfassunggebenden National-Versammlung.] Tagesordnung: Berathung über Art. 5 u. 6 des Verfassungsentwurfs. Eröffnung der Sitzung um $9\frac{1}{2}$ Uhr durch den Präsidenten v. Gagern. — Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und ohne Reklamation genehmigt. — Präsident zeigt den Austritt des Abgeordneten Bardeleben aus Fischhausen aus der Nationalversammlung an, und verliest hierauf ein Schreiben des Hohenzollern-Sigmaringischen Hofgerichts, wonach die Genehmigung zur Einleitung einer Untersuchung gegen den zur Nationalversammlung gewählten Dr. Würth von Sigmaringen, wegen beabsichtigten Hochverraths ertheilt werden möge. — Wird an den bestehenden Ausschuß für ähnliche Angelegenheiten verwiesen. — Der Reichsminister des Innern, Schmerling, macht folgende Mittheilung: **Die neuesten Vorgänge in Berlin** sind geeignet, die ganze Aufmerksamkeit des Hauses und der Centralgewalt auf sich zu lenken, weshalb das Ministerium sich veranlaßt gefunden hat, den Unterstaats-Secretair Bassermann nach Berlin zu senden, um mit der Krone Preußens diejenigen Punkte durch mündliche Besprechungen zu erledigen, welche als nicht geordnet erschienen. — Doch soll dieses keineswegs auf den von der Regierung Preußens betretenen Weg von Entscheidung sein, sondern mehr auf die früher schon festgestellten Beziehungen influiren. — Kaum war die Abreise erfolgt, so erhielt das Ministerium Kunde der neuesten Ereignisse in Berlin und gestern Abend auch die offizielle Mittheilung durch Herrn Bassermann. Das Ministerium hatte jedoch bereits seine Maßregeln ergriffen, und die geeigneten Instruktionen abgesandt, worin gesagt wird, daß die Rechte der Krone Preußens, so weit dieselben festgestellt sind, gewahrt werden sollen, aber auch eben so die der Vertreter der Nation. — Die desfalsigen Aktenstücke können der Beurtheilung des Hauses vorgelegt werden, allein es erscheint zweckmäßiger, dieselben nebst allen auf diesen Gegenstand Bezug habenden Anträgen an einen Ausschuß zu verweisen, um von diesem Bericht erstatten zu lassen. — Präsident verliest sodann mehrere auf die Berliner Ereignisse Bezug habende dringende Anträge, als: v. Wydenbrugk und Genossen: **Die Nationalversammlung erklärt die Vertagung und Verlegung der Nationalversammlung zu Berlin durch die Krone Preußens für unstatthaft, und fordert die Centralgewalt auf, für die Sicherheit und Ruhe der Berathung jener Versammlung, die geeignete Mittheilung an die preußische Regierung zu erlassen.** — Heinrich Simon und Genossen verlangen, die Nationalversammlung solle die Centralgewalt auffordern, der Krone Preußen zu erklären: **daß dieselbe außer ihrem Recht sei, ein Ministerium zu ernennen, welches das Vertrauen des Volkes nicht besitzt; daß die Regierung nicht in ihrem Rechte sei, die vereinbarende Nationalversammlung zu Berlin nach ihrem Belieben vertagen und verlegen zu können, und daß die Centralgewalt die Regierung Preußens auffordere, die von ihr angeordneten, der Volksfreiheit feindlichen Beschlüsse, welche die Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung herbeiführen können, zurückzunehmen.**

Biedermann, Raumer und Genossen verlangen: die National-Versammlung beschließt, **die Centralgewalt ist nach § 2 des Gesetzes vom 23. Juni verpflichtet, bei Conflicten zwischen der Krone eines Reiches und ihrer Unterthanen einzuschreiten, demgemäß die angeordnete Vertagung und Verlegung der mit der Krone Preußens vereinbarenden National-Versammlung zu Berlin nach Brandenburg nicht zu gestatten;** ferner **alle die zur Herstellung der Ruhe und Ordnung getroffenen Maßregeln der preußischen Regierung zu überwachen, damit das Maß derselben nicht überschritten und allen reactionairen Versuchen ein Ziel gesetzt werde;** so wie **daß als Garantie dieser Anordnungen ein Ministerium ernannt werde, welches das Vertrauen des Volks besitzt.**

Waiz, Zachariä und Genossen verlangen, **daß Seitens der Krone Preußens ein Ministerium ernannt werde, welches das Vertrauen des Volkes besitze, und daß in der kürzesten Frist die Nationalversammlung zu ihren Berathungen zurückkehren könne, und die nöthige Sicherstellung dazu getroffen werde.**

Maltzahn, Jordan aus Gollnow, Schneer und Genossen verlangen Aufforderung der Centralgewalt, dahin zu wirken, **daß das constitutionelle Prinzip vor einseitig verletzenden Schritten, wie die Verlegung und Vertagung der vereinbarenden Nationalversammlung zu Berlin nach Brandenburg, so wie die Freiheit der Berathung vor allen reactionairen und anarchischen Bestrebungen sichergestellt werde.**

Die Dringlichkeit dieser fünf verschiedenen Anträge wird anerkannt.

Beseler aus Greifswalde verlangt in Folge der Mittheilung des Ministers des Innern, daß sämmtliche Anträge, so wie diese Mittheilung, an den Ausschuß verwiesen werden, der über den Biedermann'schen Antrag wegen des Beschlusses der königl. sächsischen Regierung zu berichten hat, um morgen seinen Beschluß mitzutheilen.

Beseler erhält zur Begründung seines Antrages das Wort. Derselbe weist darauf hin, daß eine so ernste, gewichtige Sache nicht so schnell beurtheilt werden kann, und daß der Ansicht des Ministeriums wohl beizustimmen sei.

Heinrich Simon von Breslau ist gegen diesen Antrag, und verlangt augenblickliche Berathung, da jede Stunde ein Verlust sei, um einen Beschluß ins Leben zu rufen, der dem vielleicht schon ausgebrochenen Kampfe ein Ziel setzen muß.

Jordan aus Berlin ist für den Antrag Beseler's, da derselbe in der Biedermann'schen Angelegenheit ein hier anzuwendendes Präcedenz habe. — Gleicher Ansicht ist Wernher von Nierstein, da die vorliegenden Anträge nicht gedruckt in den Händen der Versammlung befindlich und somit auch nicht hinreichend beurtheilt werden könnten.

Wydenbrugk aus Weimar ist gegen Vertagung der Berathung, da man, um ein brennendes Haus zu retten, nicht erst eine Kommission niedersetze, um das Löschen des Brandes zu berathen. (Beifall.)

Reitter aus Prag stellt den Antrag, daß im Fall der Vorschlag Beseler's durchgehe, diese Angelegenheit an einen Ausschuß zu verweisen, die Versammlung sich bis 2 Uhr vertage, und dann den Bericht entgegenzunehmen. — Der Vorschlag Beseler's, und somit die Ansicht des Ministeriums, die Sache an einen Ausschuß zur Berichterstattung zu verweisen, wird mit 256 gegen 187 Stimmen angenommen, desgleichen daß die Berichterstattung stattzufinden habe, mit 236 gegen 196 Stimmen. — Schluß der Sitzung um $11\frac{1}{4}$ Uhr, damit morgen um 9 Uhr über diese Angelegenheit in Berathung getreten werden könne.

□ **Frankfurt** a. M., 13. Novbr. [Tagesbericht der lith. Nachr.] Die von uns vor einigen Tagen prophezeite Verschmelzung aller Fraktionen der linken Seite der Nationalversammlung ist unter dem Eindruck der letzten Berliner Nachricht wirklich zu Stande gekommen. Vorzüglich haben diejenigen Abgeordneten zum Zustandekommen dieser Operation beigetragen, welche in jüngster Zeit Gelegenheit hatten, die Verhaltungsweise der parlamentarischen Parteien in Wien kennen zu lernen. Es wird von der linken Seite nichts mehr in die Nationalversammlung gebracht werden, als was schon vorher zum Be-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 270 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 17. November 1848.

(Fortsetzung.)

schluß der Partei geworden. Ein vorläufiger Versuchstermin ist für diese Union festgesetzt.

Dr. Würth, dessen Versetzung in Anklagezustand heut durch ein Schreiben des Hofgerichts in Siegmaringen verlangt wurde, liegt schwer krank daselbst. — Der Abgeordnete Rösler von Oels wird sich in diesen Tagen nach Berlin und eventuell nach Wien begeben, um Blum und Fröbel die nöthige Unterstützung zu ihrer Befreiung aus der Haft zu verschaffen.

Der Abgeordnete Trampusch, der sich zur Zeit der letzten Revolution in Wien befand, ist hierher zurückgekehrt. Wie es jetzt schon sehr viel andere österreichische Abgeordnete thun, schildert er die deutsche Zukunft Oesterreichs wenigstens als von dunklen Wolken umlagert. Dagegen sei auch in der slavischen Bevölkerung der Geist des Fortschritts mächtig rege, und die Rückkehr zum Absolutismus nicht einmal vorübergehend möglich.

Der Nachricht, daß Rothschild in Paris unterhandle, können wir auf das Bestimmteste widersprechen. Dagegen verlautet mit mehr Wahrscheinlichkeit, daß das Haus Rothschild die Absicht habe, in Neu-York ein Filial, gleichsam ein Asyl zu errichten, und daß zu diesem Zwecke eines der jüngeren Glieder des Hauses sich nach Neu-York begeben werde.

In Landau ist mit großer Stimmenmehrheit ein der radikal-demokratischen Partei angehöriger Mann, Culmann, gewählt worden

Am Sonnabend Abend wurde im deutschen Verein für Handelsfreiheit beschlossen, daß die Anträge auf Aufhebung der Flußzölle ohne Ausnahme von der freihändlerischen Partei in der Nationalversammlung unterstützt werden sollten. An dem Prinzip der Entschädigung der einzelnen Staaten solle zwar festgehalten aber mit möglichster Sparsamkeit verfahren und unbillige Forderungen von vorn herein einseitig beseitigt werden. Bei den sogenannten konventionellen Strömen sei statt der wegfallenden Zölle die Einrichtung der Wasserwegegelder einzuführen, welche so zu normiren seien, daß ihr muthmaßlicher Ertrag sich nicht höher belaufe, als die Kosten der Instandhaltung des Fahrwassers. Für die nicht conventionellen Ströme sollen diese Bestimmungen blos als Maximalgesetz gelten, indem im Uebrigen den resp. Einzelnstaaten freie Hand gelassen werde, da durchaus nicht vorauszusetzen sei, daß irgend ein konstitutioneller Staat seinen eigenen Strom stiefväterlich behandeln werde.

Auf den 15ten d. steht eine Verminderung der hiesigen Garnison in Aussicht. Es werden nur die Darmstädtischen Truppen, ein Bataillon Preußen und ein Bataillon Oesterreicher hier bleiben. Die Klagen über die Last der Einquartierung sind durchgedrungen. In den letzten Tagen brachte eine gut gezeichnete Karrikatur einen im Schneewetter auf dem Posten frierenden Nationalgardisten, der in Klagen darüber ausbricht, daß er der Einquartirung sein warmes Zimmer abtreten muß, und noch obenein für sie im Schnee Posten stehe.

Frankfurt, 13. Novbr. Vormittags. Auf die telegraphische Anfrage aus Berlin, ob Herr Arnold Ruge noch Mitglied der Reichsversammlung sei, ist von hier aus verneinend geantwortet. (D. Z.)

Dresden, 13. November. [Kammerverhandlung über Robert Blum.] Auf der heutigen Tagesordnung der zweiten Kammer befand sich unter Anderm die Interpellation des Abgeordneten Tzschirner darüber: ob und welche Schritte die Staatsregierung wegen der in Wien erfolgten Verhaftung Robert Blum's gethan. Nach dem Vortrage des Protokolls ergreift Präsident Rewitzer das Wort: Bei der traurigen Wichtigkeit, welche die auf der Tagesordnung befindliche Interpellation des Abgeordneten Tzschirner erlangt habe, sei es wohl gerecht, diesen Gegenstand zur Sprache zu bringen, und er veranlasse daher den Interpellanten, die Rednerbühne zu besteigen. Unter lautloser Stille beginnt Abgeordneter Tzschirner: Er habe heut ein schwieriges, ein trauriges Amt, seine Worte gelten den Manen eines unserer besten Mitbürger. „Unser Robert Blum, dessen Name mit der Freiheit unzertrennlich ist, den das Volk liebte und das auch er so liebte, ist nicht mehr. Als er die Freiheit des Volks gefährdet sah, eilte er nach Wien, um dieselbe retten zu helfen. Leider mußte Wien fallen und Robert Blum wurde verhaftet. Auf die Kunde davon eilte man von allen Seiten zur Regierung, daß sie sich für denselben verwende.“ Und die Regierung habe dem Vernehmen nach sich dem Ansinnen stets freundlich bewiesen. Es sei aber nöthig, öffentlich hier die Sache zur Sprache zu bringen, damit man dem Lande zeige, was für Robert Blum geschehen. Derselbe habe, da er ohne Waffen ergriffen worden und seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter nach unverletzlich, seine Verhaftung für ungefährlich halten müssen. Man habe dies aber nicht beachtet, man habe ihn nach einem Rechte, das aller Begründung entbehre, erschießen lassen. Es handle sich jetzt nur noch darum, zu erfahren, wie die Verhältnisse sich so gestaltet haben. Sein Geist werde in Deutschland leben bleiben, er werde unser Volksheiliger sein. Wer aber sei ihm mehr verpflichtet, als Sachsen! Unsere neueste Geschichte rühre von Robert Blum her, er habe es bewirkt, daß sie ohne Blutvergießen sich entfaltet. Er, Abgeordneter Tzschirner, ersuche den Minister des Auswärtigen, so weit es möglich, offizielle Mittheilung zu gewähren. — Staatsminister v. d. Pfordten: Wenn der Interpellant gesagt habe, daß er heut eine schwere und traurige Pflicht zu erfüllen habe, so könne er dasselbe auch von sich behaupten. Es gebe in der Geschichte der Völker tragische Momente, wo jede Verschiedenheit der Ansichten und Bestrebungen zum Schweigen gebracht werde. Er wolle einfach erzählen, was ihm bekannt sei. Zunächst erkläre er, daß ihm die offizielle Bestätigung der Thatsache in voller Form zugekommen, und zwar zuerst durch ein Exemplar der Wiener Zeitung vom 10. November (Nr. 319). Der Minister verlas die Stelle und fuhr dann fort: Sobald der Regierung bekannt geworden, daß Wien von den kaiserl. Truppen besetzt sei, habe sie gleich an ihren Gesandten geschrieben, den sächsischen Unterthanen, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Wien anwesend seien, so viel wie möglich seinen gesandtschaftlichen Schutz zu gewähren. Am 8. November habe sie nun den ersten Bericht zu einer gesandtschaftlichen Depesche, datirt aus Hietzing, erhalten, worin gemeldet worden, daß Robert Blum am 4. November verhaftet sein solle. Umgehend habe sie an den Gesandten geschrieben und ihn beauftragt, Robert Blum den gesandtschaftlichen Schutz angedeihen zu lassen, und dabei bemerkt, daß einmal auf seine Eigenschaft als Reichstagabgeordneter und dann als sächsischer Staatsbürger hinzuweisen sei. Diese Instruktion sei am 8. November von hier abgegangen und natürlich erst nach Wien gekommen, als bereits das Urtel vollstreckt gewesen. Die Regierung habe nun auf die gestern Abend ihr zugegangene Nachricht vom Tode Blum's sogleich ein anderweites Schreiben abgefaßt, worin dem Gesandten Auftrag ertheilt werde, zunächst für die Effekten Robert Blum's und dafür zu sorgen, daß seine Grabstätte bezeichnet werde. Außerdem habe er, der Minister, verlangt, daß so bald als möglich der Regierung die vollständigen Akten über die Verurtheilung Blum's zugesendet würden, und er habe Aussicht, daß dies geschehen werde. Das sei Das, was die Regierung gethan. Was nun der Gesandte gethan habe, darüber habe er bis jetzt noch keine Mittheilung erhalten. — Abgeordneter Tzschirner: Die Trauer für Robert Blum werde ganz Deutschland übernehmen, es werde sich auch der Hinterlassenen annehmen. Robert Blum's Kinder werde Deutschland zu den seinigen machen. Zu beklagen sei, daß die Wirksamkeit sich erst jetzt nach seinem Tode hauptsächlich geltend machen solle. Der Gesandte müsse unbedingt einen Rechenschaftsbericht liefern, das verlange ganz Deutschland. Es sei nothwendig, daß bewiesen werde, daß Robert Blum ein Opfer der Barbarei geworden, daß man sein Amt als Reichstagsabgeordneter nicht geachtet. Daß aber die deutsche Centralgewalt sich in dieser Beziehung so träge verhalten, werde in Deutschland keinen guten Klang erhalten. Wenn sie nun bisher nichts gethan, so sei wenigstens zu verlangen, daß man nach Blum's Tode Alles zur Sühnung der in Wien verletzten Ehre Deutschlands thue. Blum hätte ohne die Zustimmung der Centralgewalt nicht verurtheilt werden können. Man müsse aber darauf bestehen, daß von Frankfurt aus die strengsten Maßregeln ergriffen werden; die Nationalversammlung müsse die Sache Blum's als Sache Deutschlands ansehen, er beantrage daher: die Staatsregierung zu ersuchen, 1) daß der sächsische Gesandte in Wien aufgefordert werde, unverweilt einen Rechenschaftsbericht über sein Verhalten einzusenden; 2) daß von der Centralgewalt gefordert werde, die energischsten Maßregeln zur Sühnung der durch die Tödtung Robert Blum's in Wien verletzten Ehre Deutschlands zu ergreifen. Dieser Antrag wird einstimmig zum Beschluß erhoben, worauf der Präsident die Sitzung schließt, die nur diesem traurig wichtigen Gegenstande gewidmet sein sollte. — In der heutigen Nachmittagssitzung der I. Kammer wurde der erste Theil des Tzschirnerschen Antrags (Robert Blum betreffend) einstimmig angenommen, der zweite Theil dagegen (die Schritte bei der Centralgewalt betreffend) nach einer Debatte abgelehnt, nachdem Präsident v. Schönfels vorher erklärt, daß das Direktorium sich für diesen zweiten Theil jenes Antrags nicht hätte entscheiden können, weil man die betreffenden Thatbestände noch nicht kenne und zur sächsischen Regierung das Vertrauen hegen könne, daß sie sich die nöthige Kunde über den Thatbestand verschaffen und dann das Nöthige einleiten werde.

Dresden, 13. Nov. [Robert Blum.] Gestern Abend, sofort nachdem R. Blum's Erschießung bekannt geworden war, begaben sich eine Anzahl hier anwesender Deputirter sächsischer Vaterlandsvereine zu dem Minister des Auswärtigen v. d. Pfordten, um Auskunft zu erlangen, was das Ministerium zur Rettung Blum's gethan oder nicht gethan habe. Der Minister gab diese auf desfallsige Anfrage des Adv. Bertling aus Leipzig sehr bereitwillig und zunächst übereinstimmend mit seiner Erklärung in der heutigen Sitzung II. Kammer (s. oben). Hr. Hirschel aus Dresden gab zu, daß nach diesen Mittheilungen der Minister allerdings Alles gethan habe, was in seinen Kräften gestanden, um Blum zu retten; könnte man aber auch ein Gleiches von dem sächsischen Gesandten in Wien sagen? Hierauf entgegnete der Minister, daß bereits eine Depesche des Gesandten eingegangen, die melde, daß er, als ihm die Verhaftung Blum's bekannt geworden, in einer schriftlichen Note die österreichische Regierung um Mittheilung der Gründe der Verhaftung ersucht, und am andern Tage, als ihm in Hietzing das Gerücht von Blum's Tode zugegangen, sich persönlich in die Staatskanzlei verfügt habe, um Auskunft darüber zu verlangen, die Effekten Blum's zu reklamiren und ihm einen Grabstein setzen zu lassen, damit die Seinigen einmal die Stätte wüßten, wo er begraben läge. Hr. Kell aus Leipzig bemerkte dagegen, daß, wenn der Gesandte weiter nichts gethan habe als das Mitgetheilte, derselbe seiner Pflicht nicht genügt habe. Statt einer schriftlichen Anfrage über die Gründe der Verhaftung hätte der Gesandte Sachsens im Namen seiner Regierung gegen die Verhaftung eines unverletzlichen Reichtags-Abgeordneten energisch, und nicht bloß schriftlich, sondern mündlich protestiren müssen und nicht erst nach der Erschießung zur Auskunfterbittung auf die Staatskanzlei sich begeben sollen, sondern vorher, auch nicht bloß in die Staatskanzlei, sondern in das Lager von Windisch-Grätz, um dort persönlich gegen jede Gewaltthat im Namen seiner Regierung wie der deutschen Centralgewalt (?) aufzutreten. Der Hr. Staatsminister entgegnete, daß im diplomatischen Verkehre die schriftlichen Noten am wirksamsten seien, und daß der Gesandte in Hietzing, nicht in Wien sich befunden. Hietzing liegt freilich unmittelbar neben Schönbrunn, dem Hauptlager des Fürsten Windisch-Grätz. Hr. Kell machte daher wiederholt geltend, daß während des Belagerungszustandes von einem wirksamen schriftlichen diplomatischen Verkehre zwischen den Regierungen gar nicht die Rede sein könne, ja, eine Regierung sei in Wien gar nicht vorhanden gewesen. Der Gesandte, Hr. v. Könneritz, Bruder des früheren sächsischen Ministerpräsidenten v. Könneritz, hätte mit dem allmächtigen Windisch-Grätz persönlich in Verkehr treten müssen, und wenn er namentlich, was die gesandtschaftliche Depesche mit keinem Wort erwähne, die Unverletzlichkeit Blum's als Reichstagsabgeordneten nicht mit Entschiedenheit geltend gemacht, so habe er seine Pflicht unverantwortlich verletzt. Das sächsische Ministerium sei es zur Sühne für die tief beleidigte öffentliche Meinung sich selbst schuldig, öffentlich zu erklären, daß es vom Gesandten strenge Rechenschaft fordern und ihn abberufen werde, wenn er nicht darthun könne, daß er alle Mittel, Blum zu retten, erschöpft habe. Der Minister bemerkte, man möge nicht ungerecht sein und erst den Rechenschaftsbericht des Gesandten abwarten. Zuletzt machte Hr. Lindemann aus Dresden noch auf die andern Sachsen aufmerksam, welche ebenfalls in Wien sich befänden, worauf der Minister mittheilte, daß einige bereits von dort abgereist, der Abreise der andern aber nichts im Wege stehe. Hiermit hatte die Deputation ihren Zweck erfüllt, und es ist nur zu wünschen, daß die Regierung, wenn der hoffentlich bald eingehende Rechenschaftsbericht des Gesandten nicht genügt, eine erwiesene Schuld nicht mit diplomatischer Feinheit, sondern „unabhängig von politischen Konstellationen,“ wie Hr. Bertling verlangte, und „ohne politische Sympathien oder Antipathien,“ wie der Minister übrigens versprach, behandeln möge.

Leipzig, 14. November. [Robert Blum.] Die Nachricht von Blum's Tode veranlaßte die vereinigten Ausschüsse des Bertling'schen und Jäkel'schen, so wie auch anderer Vereine, gestern eine Volksversammlung zu veranstalten. Eine zahlreiche Menge hatte

sich schon im Odeon eingefunden, als der Versammlung angekündigt wurde, der Stadtrath habe einer zu ihm gesendeten Deputation die Thomaskirche eingeräumt. Der Zug, von zwei umflorten rothen Fahnen mit schwarzen Reichsadlern und goldenen Fransen begleitet, begab sich nun nach der erleuchteten Thomaskirche, die sich in allen ihren Räumen füllte. Als die Fahnen in der Kirche erschienen, erschallte Beifallsruf. Das Bildniß Blum's, welches an der Kanzel angebracht war, zeigte der Versammlung, daß dessen Tod Gegenstand der Besprechung werden sollte. Auch der Vorschlag, sie durch einen religiösen Akt zu eröffnen, sprach dafür, daß man ernst und würdevoll verhandeln wolle. „Eine feste Burg ist unser Gott" ertönte es in tausendfachem Chor, und es war herzergreifend, diese zitternden Stimmen zu hören, die thränenfeuchten Augen zu sehen. Nach Beendigung des Liedes wurde Herr Albrecht zum Vorsitzenden durch Akklamation erwählt. Er machte die Versammlung auf den großen Verlust aufmerksam, welchen das ganze deutsche Volk durch Blum's Tod erlitten habe, und forderte auf, die geeigneten Anträge zu stellen. Unter den vielen, mehr von der Entrüstung als von der Besonnenheit eingegebenen Anträgen, die allgemein angenommen wurden, heben wir folgende hervor. Es wird **eine Leichenfeier veranstaltet. Die Freunde Blum's tragen ein Trauerzeichen. Der 9. Novbr. wird alljährlich als ein Trauertag in Leipzig gefeiert. Blum's Leiche wird reklamirt. Der sächsische Gesandte in Oesterreich wird in Anklagestand versetzt. Dem österreichischen Gesandten in Dresden werden seine Pässe zurückgestellt. Die sächsischen Abgeordneten in Frankfurt werden aufgefordert, aus der National-Versammlung zu scheiden. Der Staat sorgt für die Familie des Todten.** Labend wurde anerkannt, daß der deutsche Verein die Hand geboten und jeden Parteistandpunkt aufgegeben habe. Ein Antrag, das österr. Wappen in Leipzig zu beschimpfen, wurde vom Vorsitzenden mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Zum Schluß wurde ein Comité zur Ausführung der angenommenen Anträge gewählt. Nach Schluß dieser Versammlung wurde trotz der Ermahnungen der Redner zur Ruhe, das **österreichische Konsulatwappen abgerissen und zertrümmert**, auch wurden noch Einigen Katzenmusiken gebracht, bei welchen es jedoch überall nicht blieb, sondern daneben auch Fenster zertrümmert wurden. Nach 9 Uhr sammelte sich auf Generalmarsch, wie immer sehr zahlreich, die Kommunalgarde, wo dann kein weiterer Exceß vorgefallen.
(D. A. Z.)

Leipzig, 15. November. [Aufruf zum bewaffneten Zuzug nach Berlin.] Für Berlin. Bürger von Leipzig! Gestern haben wir Blum's Todesfeier begangen; heute dürfen wir nicht mehr im Schmerz dumpf hinbrüten; es gilt nun, den großen Märtyrer würdig zu ehren, Opfer, Thaten, Kampf. Das blutige Banner der Tyrannei, welches Blum nach Wien gewinkt, ist nun in Berlin aufgepflanzt. Deutschlands Freiheit wird in Berlin gerettet oder vernichtet! Das Volk von ganz Preußen steht auf, bereits organisirt sich der Landsturm. Ein Freiheitsheer wird sich bilden für ganz Deutschland. Wir können jetzt nur uns selbst verrathen oder schnell für die Freiheit uns rüsten. Kommt also, wer kampfesmuthig ist, tretet zusammen, denn Eile thut noth; stellt euch im Odeon morgen, Mittwoch, früh 9 Uhr. Zuzug aus den Provinzen ist schon zugesagt. Uebrigens haben wir auch die dem Unternehmen nöthigen Geldmittel zu beschaffen. Beiträge, klein und groß, über welche später Rechnung abgelegt wird, werden angenommen. Wir haben das Unsrige gethan, thut ihr das Eurige, Bürger von Leipzig. Die vereinigten Vereins-Ausschüsse. Karl Albrecht. Th. Oelckers. Bethner. (D. A. Z.)

Oesterreich.

† **Wien,** 14. Nov. [Die Entwaffnung ist noch nicht vollendet. — Das neue Ministerium. — Befestigungsarbeiten und Telegraphen. — Ungarn ist von Wien abgeschnitten. — Die Hinrichtungen.] Ich sende Ihnen die heut publizirte Kundmachung der Centralkommission der Stadtkommandantur, wichtig wegen des nicht vorzuenthaltenden Geständnisses, daß die allgemeine Entwaffnung trotz des Standrechtes — und dieses ist hier keine Fiktion geblieben — nur unter starkem Geiste des Widerstandes vor sich geht und bis jetzt zur Ablieferung nur eines geringen Theiles der Aerarialfeuergewehre und andern Waffen geführt hat.*) Freilich steht fest, daß ein beträchtlicher Theil der dem Zeughause — gegen das vom Reichstage eingegangene Abkommen — entführten Waffen sofort über die Grenze geschafft worden ist, ein anderer Theil aber aus bloßer, selbst durch Standrecht und Haussuchung ungenirter Habgier und gemeiner Gewinnsucht versteckt gehalten wird. Der General Frank, derselbe, der sich am 6. Oktober unter den Schutz des Reichstages gestellt, hat die Kundmachung an Stelle des Freiherrn v. Cordon, der zur Uebernahme des Kriegsministeriums nach Olmütz berufen ist, unterzeichnet. Die von der Breslauer Zeitung vollkommen richtig mitgetheilte Ministerkombination hat sich erst im Laufe der Dinge, durch die unüberwindliche Weigerung Bach's und Breda's, einzutreten, die Unentbehrlichkeit Puchner's in Siebenbürgen und die Selbsterkenntniß Wessenberg's geändert. Richtig ließen Sie sich damals schreiben, daß jede Kombination mit Wessenberg lediglich ein Provisorium und Nothbehelf sei. Im Uebrigen bringt heut der Oesterreichische Lloyd die reformirte Ministerliste: Fürst Felix Schwarzenberg, Präsidium und auswärtige Angelegenheiten, Graf Stadion — ich schrieb Ihnen einst, nur die Bajonnette würden ihn in's Ministerium bringen! — Inneres, General Freiherr v. Cordon Krieg, Kraus Finanzen — die einzige Koncession, die nicht zu umgehen war —; v. Bruck öffentliche Arbeiten und Handel, zeither getrennt, Thienfeldt Ackerbau; Justiz und Kultus noch unbesetzt; Prof. Helfert, stark czechisch nuancirt, ein tüchtiger, obgleich eiskalter Redner, einer der wenigen logischen Köpfe in der Kammer und das einzige Mitglied, das durchgängig und auch da der Linken scharf entgegentrat, wo die Czechen mit ihr liebäugelten. — Auf den Basteien werden Befestigungsarbeiten eifrig betrieben; am rothen Thurmthor erhebt sich eine Palisadenwand und Laufgräben werden bis zur Vorstadt Landstraße hin geführt. An den Mauern aber zieht sich der Draht eines elektromagnetischen Telegraphen, der Kasernen, Kriegsministerium und alle Hauptredouten verbindet Schon morgen hoffe ich im Stande zu sein, Ihnen nach den Erläuterungen eines alten Soldaten genauere Daten über das Werk zu schreiben, welches für die Anschauuug des Laien hauptsächlich nur angelegt scheint, um die Vorstädte in Schach zu halten. Von Ungarn sind wir abgeschnitten, nur bis Oedenburg geht noch eine Briefpost, sonst hat jede Verbindung aufgehört, hauptsächlich durch die von ungarischer Seite realisirte Zerstörung der sämmtlichen Wege und Straßen, eine Sperre, die sich im Preise des Weizens, Leders, Talg 2c. schon fühlbar macht und sicherlich bald noch grausamer auf uns zurückfallen wird. Denn unmaßgeblich wird sich das k. k. Kriegsheer dermalen auf eine Bloklade des Landes beschränken und beschränken müssen, da ein reguläres Vorgehen in der vorgerückten Jahreszeit fast unmöglich. Vom 6. bis 9. waren in das Spital der barmherzigen Brüder (Leopoldstadt) 161 Verwundete und 132 Todte gebracht. Von den beiden Hingerichteten außer Blum war Sternau, Oberst der Mobilgarde und Jelovicki (ehemals k. k. Artillerist), Adjutant Bem's und Obrist der Artillerie im Generalstabe. Messenhauser hat sich wirklich freiwillig gestellt und im Gemeinderath einen warmen Fürsprecher gefunden. Sowohl die Verlesung des Todesurtels als die diesem folgende der Begnadigung hat auf Fröbel einen furchtbaren Eindruck gemacht. Ich höre, daß bei Exekution Blum's ganz in hergebrachter Weise der Profoß dreimal den anwesenden General um Gnade, das dritte Mal „um Himmels- und Gottes-Willen" gebeten hat. Dreimal antwortete dieser darauf „keine Gnade", und erst nun bei der dritten Antwort ließ Blum durch ein hastiges Falten der Hände vorübergehend einen Eindruck seiner eisernen Mannhaftigkeit erkennen.

*) Die oben erwähnte Kundmachung lautet: „Es ist sehr unangenehm wahrgenommen worden, daß die in der Proclamation Seiner Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Fürsten zu Windisch-Grätz vom 1. November 1848, § 3, angeordnete allgemeine Entwaffnung nicht mit jenem Eifer und mit jener Bereitwilligkeit durchgeführt werde, welche man zu erwarten berechtiget war.

Bei Vergleichung der seit den Märztagen aus den kaiserlichen und aus den bürgerlichen Zeughäusern an die Nationalgarden des Weichbildes von Wien und seiner Umgebung theils abgegebenen Feuerwaffen, theils seit dem 6. Oktober sowohl durch das Proletariat, als durch Nationalgarden aus dem k. k. Zeughause herausgenommenen Feuer-, Hieb- und Stichwaffen, mit jenen Gattungen Waffen, die seit dem 2. November d. J. an die verschiedenen Waffen-Depots, und zwar an das k. k. Zeughaus und an das k. k. Neugebäude abgegeben wurden, hat man aber ersehen, daß von den Aerarial-Feuergewehren uud anderen Waffen ein noch geringer Theil abgeliefert wurden.

Die gegebene Frist von 48 Stunden zur Ablieferung der Waffen, ist schon mehrmals abgelaufen, und daß bisher noch keine Hausdurchsuchung stattgefunden hat, mag den Bewohnern Wiens einen Beweis von der Schonung geben, mit der man noch gegen sie verfahren wollte.

Aber auch die schonende Rücksicht muß endlich doch ihre Gränzen haben, und da der k. k. Central-Commission der Stadt-Commandantur nun der strenge Befehl zugekommen ist, die Entwaffnung mit allem Nachdrucke durchzuführen, so wird die gegenwärtige wiederholte, aber auch letzte Aufforderung an die Bewohner Wiens zur Ablieferung der Waffen erlassen, die sie binnen 24 Stunden zn bewirken haben, nach deren Ablauf Hausdurchsnchungen stattfinden werden, deren Folgen sich diejenigen, bei denen was immer für Waffen gefunden werden, nur selbst zuschreiben müßten, gegen welche das standrechtliche Verfahren eingeleitet werden würde.

Die 24stündige Frist wird am 14. November um 10 Uhr früh beginnen und zur gleichen Stunde am 15. November d. J. ihr Ende errreichen.

Sollten Feuer-, Hieb- und Stichwaffen an die Grundgerichte der Belagerungsbezirke abgeliefert worden sein, und bei selben noch deponirt liegen, oder wären auch Waffen von Administrationen der Aerarial- oder Privatgebäude bis zur Ablieferung in die Verwahrung übernommen worden, so haben die Grundgerichte und die Administrationen diese Waffen sogleich in die Depositorien des k. k. Zeughauses oder des Neugebäudes abzuliefern, und sie werden für den schnellen Vollzug desselben verantwortlich erklärt.

Wien, am 13. November 1848.

Vom Vorstande der k. k. Central-Commission der Stadt-Commandantur.

Frank, k. k. General-Major."

* **Wien,** 14. November. [Kommunikation frei. — Mörder Latour's eingezogen. — Kossuth.] Seit gestern ist die Kommunikation zwischen der Stadt und allen Vorstädten wieder gänzlich hergestellt. — Zwei der Mörder des Grafen Latour sind entdeckt und eingezogen. — Flüchtlinge aus Preßburg vom 12. melden, daß sich Kossuth von dort entfernt, und vermuthlich nach Komorn begeben hatte. Seine Familie hat er über Hamburg nach England in Sicherheit gebracht. Bei Wieselburg und Raab, der Kornkammer für Oesterreich, hatte Kossuth alle Getreidevorräthe abschätzen, den Eigenthümern gegen Erlag von Papiergeld wegnehmen und nach Komorn transportiren lassen. Er hofft dadurch, die Theurung der Lebensbedürfnisse in Wien zu steigern.

* **Wien,** 14. November. [Verhaftungen und Hinrichtungen.] Die heutige Wiener Zeitung enthält folgende amtliche Kundmachungen: 1) In Folge der beklagenswerthen Ereignisse, welche die letztern Tage des Monats Oktober in Wien herbeiführten, ist eine Anzahl von 1600 Individuen verschiedener Stände zur Haft gebracht worden, gegen welche mehr oder weniger Andeutungen der Theilnahme an den aufrührerischen Vorgängen in der Kaiserstadt vorgekommen waren. Von diesen Verhafteten ist bis heute eine Anzahl von 996 Personen, welche theils schuldlos oder zufällig aufgegriffen wurden, theils minder bedenklich erschienen, aus den verschiedenen Arrest-Lokalien entlassen worden. Die Procedur gegen die noch in Untersuchung verbleibenden, wird so schleunig als es die Umstände gestatten, gepflogen, und beziehungsweise fortgesetzt werden. Wien, am 11. November 1848. — 2) Um alle ausgestreuten Gerüchte über vielfache stattgehabte militärische Hinrichtungen zu widerlegen, welche nur in der böswilligen Absicht verbreitet werden, um Aufregung und Unruhe unter der Bevölkerung neuerdings anzufachen, so findet man sich veranlaßt, in Erinnerung zu bringen, daß jede militärische Exekution den Tag nach ihrer Vollziehung in dem amtlichen Theile der Wiener Zeitung veröffentlicht wird. Es diene übrigens zur allgemeinen Wissenschaft, daß bisher nur 3 des Hochverraths-Verbrechens überwiesene Individuen mit dem Tode durch Pulver und Blei bestraft worden sind. Am 13. November 1848.

L **Krakau,** 15. Novbr. [Heimathlose, meistens russische Unterthanen. — Auch die Czechen wollen jetzt die Freiheit. — Vermischtes.] Wir fangen an die Folgen der Lemberger Katastrophe oder vielleicht den eigens deßwegen heraufbeschworenen Zusammenstoß ernstlich zu fühlen. Auf jedem Schritte begegnet man fremden Personen mit polnischen Adlern auf den polnischen Mützen, Flüchtlingen aus Lemberg, die ohne die gegen die dort sich aufhaltenden Emigranten ausgesprochene Ausweisung abzuwarten, die Stadt verließen und nun hier ihren Sitz aufgeschlagen. Auch kommen hier oft volle eskortirte Ladungen dieser armen Heimathlosen, meistens russische Unterthanen an, über deren Unterkommen ein geheimnißvolles Dunkel schwebt. Nach einem Gerüchte werdrn sie nach Frankreich durch die bereitwillige Vermittelung deutscher Regierungen geschafft; eine andere wahrscheinlich richtigere Version spricht von einer Auslieferung an die russische Regierung, die man sich höheren Orts durch alle nur möglichen Mittel geneigt zu erhalten sucht, da man in der Stunde der Noth wie bei dem scheinbaren Siege der Gegenwart die russische Allianz als die wirksamste Stütze des reaktionären Systems, oder eigentlicher, dieser klaren Kontrerevolution betrachtet. — Die Wiener Nachrichten haben bei den Polen einen düstern Hoffnungsschimmer erweckt, sie erwarten zuversichtlich, daß die Militärherrschaft, die in ihrer Härte und in ihren Uebergriffen sich nicht minder schrecklich, als die tobende Volksjustiz zeigt, eine neue und von Erfolg gekrönte Erhebung des erbitterten Volkes heraufbeschwören werde. Selbst ein großer Theil der Schwarzgelben, des behäbigen Besitzstandes haben ihre Fahne verlassen, und schließen sich mit ihren veränderten Gesinnungen der Sache des Volkes an. Aller Augen ist auf Kremsier gerichtet, wo ein neuer, und gewiß legaler Kampf beginnen muß, ein Kampf, aus dem ein Ministerium Stadion-Bach oder ein von ihrem Geiste beseeltes, hoffentlich nicht als Sieger hervorgehen wird. Es scheint sich als gewiß herauszustellen, daß die czechische Partei noch früh genug von ihrem Streben, ein slavisches Reich auf den Trümmern des Deutschthums zu gründen, zurückgekommen ist, oder jedenfalls ihre Pläne bei Seite gesetzt hat, um im Vereine mit der Linken im Reichstage die so sehr gefährdete Freiheit Aller, mit dem Fortbestand der trotz aller Manifeste auf wogendem Grunde sich befindenden sogenannten Errungenschaften gegen die nur allzuthätige Reaktion zu erhalten, die doch leider kein leerer Wahn ist. — Hier ist alles ruhig, obgleich es nicht an kleinen Reibungen zwischen Soldaten und Privaten fehlt, die aber durch das vorsichtige, und durch die traurigen Erfahrungen von swärts gewitzigte Verfahren des Gemeinderathes

(Rada miejoks) friedlich geschlichtet werden, um keinen Anlaß zu einem vielleicht nur erwünschten gewaltsamen Eingreifen zu geben. Aus allen Theilen Galiziens sind gestern und heute die sowohl auf Urlaub gewesenen Reichstagsabgeordneten, als die in den Oktobertagen Wien verlassen haben, hier angekommen, und begeben sich dieser Tage nach Kremsier. — **Man spricht hier viel davon, daß Krakau zur Hauptstadt des polnischen Theiles Galiziens bestimmt ist, so daß hier ein polnisches Gubernium und ein polnischer Landtag, in Lemberg aber ein ruthenisches Guberuium und ein polnischer Landtag ihren Sitz haben sollen.**

Frankreich.

Paris, 12. Nov. [Das Verfassungsfest] ist ruhig abgelaufen. Kein Attentat, keine Pistolenschüsse, keine Höllenmaschine, nichts von alledem ist vorgefallen, was einige Morgenblätter prophezeit hatten. Um 6 Uhr Morgens rief die Trommel die Pariser Nationalgarde nebst Bannmeile zusammen. Es ist eiskalt; ein starkes Schneegestöber macht das Wetter unerträglich. Gegen 8 Uhr rückt ein großer Theil der südwestlichen Bannmeile längs der Seine-Ufer ein und stellt sich auf den Quais in Ordnung. Um 8½ Uhr wurde der ganze Konkordien-Platz von Linien-Truppen und Pariser Nationalgarde, mit Abtheilungen der fremden Nationalgarde vermischt, besetzt. Die Zimmerleute und Tapezirer, die zu den Vorbereitungen kaum drei Tage Zeit hatten, legen noch die letzte Hand an ihr Werk inmitten des Aufmarschirens. Riesige Fahnen werden auf venetianische Säulen gezogen, reiche Draperien in und vor der Kapelle ausgebreitet, vor welcher Marrast die Verfassung verlesen und der Erzbischof dann die Messe nebst Tedeum abhalten soll. Die Fahnen waren nicht die alten, vom Fahnenfest her. Auf vier kolossalen neuen Bannern standen die Worte: „Verfassung von 1848.“ Jetzt füllten sich allmälig die beiden großen Schaubühnen, die rechts und links von der Kapelle längs der Gartenmauer der Tuilerien errichtet waren. Das starke Schneegestöber hatte selbst einige Damen nicht abgeschreckt, diese Bühnen zu besteigen. Um 9 Uhr verkündete ein allgemeiner Trommelwirbel die Annäherung der National-Versammlung mit Marrast und Cavaignac an der Spitze. Alle Truppen präsentiren das Gewehr. Die Deputirten sind aber kaum die Hälfte an Zahl, alle tragen die rothe Rose und Schärpe. Kaum berühren sie die Konkordienbrücke, so erblickt man rechts, von der Madeleine her, den Erzbischof von Paris mit der ganzen Geistlichkeit in seinem Gefolge. Beide Züge nähern sich den Estradengerüsten und der Kapelle. Das Wetter wird immer ungestümer. Der Erzbischof schreitet indeß rüstig voran. Marrast, der auf einer Art Platform vor der Kapelle Platz genommen, beginnt hierauf, von den Quästoren umgeben, die Verfassung vorzulesen. Die Kälte machte seine Stimme zittern. Nachdem Marrast die Verlesung geendet, hört man durch das Geräusch des Windes nur schwach den Ruf: Es lebe die Republik! Der Erzbischof begann nun das Tedeum zu singen. Starke Chöre und Orchester begleiteten ihn. Doch konnte man wegen des stürmischen Wetters und der schützenden Leinwand kaum zehn Schritte weit etwas davon hören. Um 10½ Uhr ist die religiöse Feier vorüber und der Vorbeimarsch der Truppen beginnt. Um 12½ Uhr kehren die letzten Legionen in ihre Quartiere zurück.

Louis Bonaparte hat gestern durch ein Journal ankündigen lassen, daß er aus Besorgniß, seine Anwesenheit könnte zu absichtlich veranlaßten Kundgebungen den Vorwand geben, bei der heutigen Feier nicht erscheinen werde.

Noch gestern Abend versammelten sich etwa 150 Deputirte, die einstimmig Cavaignac als Kandidaten zur Präsidentur proklamirten.

Lokales und Provinzielles.

...ss **Breslau**, 16. Nov. [Volksversammlung.] Um 3 Uhr fand sich heut die Menge durch Maueranschlag eingeladen, ungleich zahlreicher als das vorige Mal auf dem Neumarkt zusammen. Die aus den politischen Vereinen hervorgegangene Kommission nahm ihren Platz auf dem Piedestal der Neptunssäule ein, wo auch die Redner ihren Stand hatten. Dr. Asch eröffnete die Versammlung etwa mit den Worten: Nun ist es zum Aeußersten gekommen, der Augenblick der Entscheidung ist da, hören Sie die Nachrichten aus Berlin. Herr Mai, mit dem Mittagszuge aus der Hauptstadt hier eingetroffen, — schilderte die dortigen Zustände von der Diktatorherrschaft Wrangels bis zu der hingebenden aufopfernden Treue, welche die Mehrzahl unserer Vertreter dem Volke bewahrt haben. Er theilte auch den gestern im Milentz'schen Saale gefaßten Beschluß unserer Nationalversammlung mit, durch welchen das Ministerium Brandenburg für nicht befugt noch berechtigt erklärt wird, Steuern einzuziehen oder zu verwenden, und erinnerte das Volk daran, seinen eigenen Willen in dem seiner Vertreter anzuerkennen und ihm durch entschiedene Folgeleistung die volle Geltung zu verschaffen. Anhaltende und nicht enden wollende Beifalls- und Zustimmungszeichen unterbrachen oft den Redner; doch war auch ein komischer Zwischenfall einmal die Ursache davon. Plötzlich schrieen einige Personen, das Militär sei im Anrücken. Es entstand ein furchtbares Drängen nach allen Richtungen, das jedoch bald ein Ende nahm, da man sich bald von der Täuschung überzeugte. Herr Asch ermahnte nun die Versammlung, die imposante Ruhe zu bewahren, welche den Berlinern in diesen Tagen der Noth einen so glänzenden moralischen Beleg erringen half, aber auch unerschütterlich fest einzustehen für ihre Freiheit und sein ihr gutes Recht. Stürmischer Beifall folgte diesen Worten. Der Redner machte noch einmal auf den letzten Beschluß der National-Versammlung aufmerksam und schlug vor, bei den obersten Behörden der Stadt anzufragen, ob sie bereit seien, der von unseren Vertretern in Berlin zur Schirmung der Volksrechte getroffenen Maßregel den gehörigen Nachdruck zu geben und die Steuerverweigerung der gegenwärtigen Regierung gegenüber durch die ganze Provinz zu dekretiren. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Herr Delbrück erinnerte noch das Volk an das, was ihm zu thun übrig bleibt, wenn der Ober-Präsident sich gegen die National-Versammlung aussprechen sollte. Hierauf ordnete man sich in einem mächtigen Zuge und begab sich, eine Deputation an der Spitze, vor das Rathhaus, wo die permanente städtische Deputation ihre Sitzungen hält. Es schlug vier Uhr, die meisten Mitglieder des Ausschusses, dem Magistrat und den Stadtverordneten angehörend, waren nicht anwesend; sie befanden sich in einer Plenarversammlung der Stadtverordneten. Herr Friedenburg machte dies der Menge mit dem Bemerken bekannt, daß die fehlenden Mitglieder des Ausschusses so eben herbeigeholt würden, um in so gewichtiger Zeit auf ihrem Platze zu sein und Auskunft auf die vom Volke gestellten Fragen zu ertheilen. Im Uebrigen forderte er die Versammlung auf, ruhig und in gemessener Haltung beisammen zu bleiben. Herr Stadtrath Theinert verfügte sich nun nach dem Saale des Elisabet-Gymnasiums, wo die Stadtverordneten tagten, um die betreffenden Mitglieder in den Ausschuß zu berufen. Diese erklärten sich jedoch, bevor sie ausschieden, die nochmalige Autorisation der Versammlung, rechtskräftige Beschlüsse in deren Namen zu fassen und auszuführen, welche ihnen auch im vollen Umfange ertheilt wurde. (S. d. o. B.) Drei volle Stunden harrte das Volk im Regen und Unwetter auf den Bescheid der Männer seines Vertrauens, endlich wurde sie unter lautem Jubel verkündet. Sie ist im nachstehendrn Berichte enthalten. Nun begab sich auch eine Deputation zum Herrn Oberpräsidenten, seine Erklärung folgt gleichfalls unten. Erst gegen 10 Uhr trennte sich die Versammlung, nachdem sie noch die Antwort des Oberpräsidenten entgegengenommen hatte.

** **Breslau**, 16. Nov. [Sitzung der permanexten städtischen Kommission Morgens 11 Uhr.] Der Vorsitzende theilt mit, daß die Kaufmannschaft der Central-Kommission der Bürgerwehr-Klubbs 2c. den Zwinger-Saal für ihre Sitzungen bewilligt habe.

Nach 4 Uhr Nachmittags erschien eine Deputation der eben geschlossenen Volksversammlung, welche auf dem Neumarkte abgehalten worden war, und stellte den Antrag: die städtische permanente Kommission möge die von der National-Versammlung votirte Steuerverweigerung proklamiren. Der Aelteste der anwesenden Kommissionsmitglieder erklärte: daß die Kommission wegen der eben stattfindenden Stadtverordneten-Versammlung nicht in beschlußfähiger Anzahl versammelt sei, daß die Stadtverordneten in diesem Augenblicke über den in Rede stehenden höchstwichtigen Gegenstand berathen, daß aber sofort die in jener Berathung anwesenden Kommissions-Mitglieder von dem Antrage in Kenntniß gesetzt werden würden. Schließlich wurde der Wunsch ausgesprochen: die Deputation möge zum Nutzen der guten Sache die Ruhe der vor dem Rathhause in großer Zahl versammelten Menge möglichst aufrecht erhalten. Die Deputation zog sich zurück und trotz dem, daß eine ziemlich lange Zeit verstrich, ehe die Sitzung der permanenten städtischen Kommission eröffnet wurde, so bewies die große Volksmenge dennoch eine große Ruhe und würdevolle Haltung.

Die Sitzung begann um 5¾ Uhr. Es wurde ein Schreiben des Polizei-Präsidiums vorgelesen, in welchem der Magistrat aufgefordert wird, einen Theil der Bürgerwehr aufzubieten, weil sich unruhige Bewegungen in der Stadt zeigten. Der anwesende Oberst erklärte, daß bereits 2 Bataillone allarmirt und beordert seien, die Gebäude, in welchen königliche Kassen sich befänden, zu besetzen.

Hierauf begann die Debatte über den oben angedeuteten Antrag der Deputation der Volksversammlung. Sie wurde zunächst durch die Erklärung des Stadtverordn.-Vorstehers eröffnet: die Stadtverordneten-Versammlung habe beschlossen, in Betreff des neuesten Beschlusses der National-Versammlung, die Steuerverweigerung betreffend, die Beschlußnahme mit verbindender Kraft an die genannte städtische Kommission zu übertragen. Durch Vortragung mehrerer zuverlässigen Referate, welche über dieses Votum der Nationalversammlung gleichlautend berichteten, wurde das Faktum zunächst festgestellt.

Nachdem sich der Magistrat zu einer abgesonderten Beschlußnahme zurückgezogen und den Gegenstand berathen hatte, verkündete der Bürgermeister Bartsch, als das Magistrats-Collegium wieder in der Sitzung der permanenten städtischen Kommission erschienen war: der Magistrat habe beschlossen, dem Beschlusse der Nationalversammlung beizutreten. — Die permanente städtische Kommission beschloß nun nach reiflicher Erwägung Folgendes:

In Anerkennung des Beschlusses der Nationalversammlung, „daß das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt ist, Staatsgelder zu verwenden und Steuern zu erheben, bis die Versammlung diesen Beschluß, der mit dem 12. Nov. in Kraft tritt, zurückgenommen hat —

> **Die von den Einzelnen an den Magistrat abzuführenden Steuern aufzubewahren und wegen der übrigen Staatssteuern von dem Oberpräsidenten die bestimmte Erklärung zu fordern, daß er diese Steuern von dem Ministerium Brandenburg nicht verwenden lassen wolle.“**

Die permanente städtische Kommission begab sich nun (nach 7 Uhr) zu dem Ober-Präsidenten, um denselben von diesem Beschlusse in Kenntniß zu setzen und dessen Erklärung entgegenzunehmen.

Die Deputation bestand aus: Bürgermeister Bartsch, Kämmerer Friebös, Stadtrath Theinert, Stadtrath Ludwig, Stadtverordneten-Vorsteher Regenbrecht, dessen Stellvertreter Dr. Grätzer, den Stadtverordneten Dyhrenfurth, Rösler, Linderer, und den Vertrauensmännern Professor Dr. Röpell, Dr. Weis und Herrn Steeg.

Um 9 Uhr kehrte die Deputation von dem Ober-Präsidenten zurück und meldete die Erklärung des letzteren, die dahin lautete, daß er sich auf keine weitere Erörterung einlassen könne, bevor er nicht auf offizielle Weise von dem Beschlusse der Nationalversammlung in Kenntniß gesetzt sei.

* Breslauer Communal-Angelegenheiten.

Breslau, 16. Nov. [Beschluß der Nationalversammlung rücksichtlich der Steuerzahlung.] Während der Sitzung trat der Stadtverordnete Cholewa in den Sitzungssaal mit dem Berichte, daß sich auf dem Neumarkt eine Volksversammlung befinde, welche die Absicht habe, wegen des heute bekannt gewordenen Beschlusses der Nationalversammlung die Sicherheitsdeputation anzugehen, dem Beschlusse der Nationalversammlung Folge zu geben, und ebenso die Stadtverordneten dazu zu bewegen.

Guhrauer hatte schon vor diesem Berichte das Wort ergriffen, indem er nochmals hervorhob, daß uach dem Beschluß der Nationalversammlung, welcher durch glaubwürdige Personen, sowie durch einen Brief der Breslauer Deputirten als wahr anzunehmen sei, das Ministerium Brandenburg nicht befugt sei, Staatsgelder ferner anzunehmen oder auszugeben oder Steuern zu erheben, so lange die National-Versammlung nicht wieder ihre Sitzungen in Berlin halten darf. Er stellte darauf den Antrag: die Stadtverordneten sollen beschließen, daß sie eine Deputation an den Oberpräsidenten senden, um denselben aufzufordern, sich zu erklären, ob er dem Beschlusse der Nationalversammlung beitrete oder nicht, und dann die weiteren Maßnahmen der Sicherheitskommission zu überlassen. Nachdem darüber debattirt war, ob man den Berichten Glauben schenken könne, nahm Dyhrenfurth das Wort und stelite den Antrag, daß die Sicherheits-Deputation ermächtigt werde, Namens der Versammlung über diese Angelegenheit zu entscheiden und Beschlüsse zu fassen. Dieser letzte Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Es wurde in der Debatte bemerkt, daß hier von keiner Steuerverweigerung in Breslau die Rede sei, daß die Steuern fortbestehen sollen, daß aber, um dem Ministerium jede Geldmacht zu entziehen, diese Steuergelder **im Depositum der Stadt asservirt und aufbewahrt werden sollen, nach dem Beschlusse der National-Veesammlung.** Rücksichtlich der Sicherheitsdeputation wurde in Folge einer Besprechung im Schooße derselben vom Vorsteher beantragt, daß in allen Fällen, die **nicht dringlich** sind, wo nicht Gefahr im Verzuge ist, es dem Vorsteher, sowie jedem Mitgliede der Stadtverordneten, welche der Kommission angehören, in der Kommission zustehen soll, zu verlangen, daß die Sache an die Stadtverordneten gebracht werde, sofern es sich um Geldbewilligung handle. Nachdem dieser Antrag genehmigt war, wurden die anwesenden Mitglieder der Sicherheits-Kommission abberufen, um sich sofort in die Kommission zu begeben, da das Volk in dieser Steuerangelegenheit dort einen Antrag gemacht habe. Die Sitzung wurde daher geschlossen.

. . . ss **Breslau, 16. November.** [Der allgemeine Landwehrverein] hatte gestern General-Versammlung. Die Organisation wurde vorgenommen, die Wehrmänner theilten sich nach den verschiedenen Waffengattungen. Der Vorschlag, die im Rathhause deponirten Gewehre für die Mitglieder des Vereins sofort in Anspruch zu nehmen, wurde nach ziemlich lebhafter Debatte verworfen. Bei einer etwaigen Allarmirung der Bürgerwehr beschließt der Verein, sich auf dem Blücherplatze zu sammeln. Diejenigen Mitglieder, welche bereits zur Bürgerwehr gehören, verbleiben bei derselben, die anderen bilden ein selbstständiges Korps. Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß die schlesische Landwehr binnen Kurzem eingezogen werden soll. Bis jetzt hat noch Niemand aus dem Vereine eine direkte Aufforderung zur Stellung erhalten. In Bezug darauf wird beschlossen, vor einer etwaigen wirklichen Einziehung abermals eine General-Versammlung auszuschreiben.

Breslau, 15. Novbr. [Popularphilosophische Vorträge im König von Ungarn.] Trotz den Stürmen am Wolken-, wie am politischen Himmel fand am 14ten d. M. die zweite Versammlung statt. An der Tagesordnung war die Lehre von den göttlichen Eigenschaften. Die Einsicht in die Allgegenwart, Ewigkeit und Allmacht ist nicht möglich, ohne den Begriff von Raum und Zeit. Der Raum ist das Flächenverhältniß der Körper und Körpertheile zu einander; die Zeit die Bewegung der Körper im Raume. Beide sind untrennbar von einander und für den Körper form- und maßgebend. Räume können sich verschieben und in einander übergehen, aber nicht verschwinden. Der Weltenraum bleibt, was er ist; um so mehr also, das denselben konstituirende Wesen; Gott begreift allen Raum unter sich, ist überall auf gleiche Weise, ist allgegenwärtig. Die Raumveränderungen sind Wirkungen der Zeitbewegung. Gott hat von jenen nicht zu leiden und widersteht daher auch diesen. Er hat in der Zeit die beständige Gegenwart seiner selbst, d. h. er ist ewig. Was war, ist in ihm noch immer fort, aber nicht wie es war, sondern wie es jetzt ist; was sein wird, ist für ihn jetzt schon, aber nicht wie es sein soll, sondern wie es augenblicklich ist. — Zum Begriff des Geistes gehört die Selbstbethätigung, die Wirksamkeit. Als allgegenwärtiger und ewiger Geist macht Gott Alles, was geschieht; ist allmächtig, d. h. nicht, er kann alles Mögliche machen, sondern er macht nur alles Wirkliche in Natur und Geschichte. — Gottes Werke tragen nicht das Gepräge einsichts- und bewußtlos entstandener Machwerke, sondern beurkunden einen intelligenten Urheber. Nach seiner Allmacht, Ewigkeit und Allgegenwart muß diese Intelligenz Gottes eine absolute sein; er ist allwissend und allweise. Seine Weisheit zeigt sich darin, daß jedes Mittel zugleich Selbstzweck, jeder Zweck wieder Mittel zu höheren Zwecken ist; seine Allwissenheit darin, daß er sofort durch Thatsachen erkennt, daß Wissen, Wollen und Thun in ihm nicht auseinander fallen. Indem Gott auch um den Unterschied des Guten und Bösen weiß, aber nur das Gute realisirt, ist er zugleich heilig und gerecht. Die Betrachtung dieser letzteren Eigenschaften Gottes wird dem nächsten Vortrage aufgespart, der mit Entwickelung der Begriffe Freiheit, Sünde, Böses beginnen soll. — Bei jeder der gegebenen Begriffsbestimmungen wurden die falschen Vorstellungen an's Licht gezogen, „für die das nicht wissenschaftlich gebildete Bewußtsein ein so bequemer Schlupfwinkel ist;" so namentlich bei der Allwissenheit „die kolossale Spitzfindigkeit," ob sich auch die Freiheit des Menschen mit der Allwissenheit Gottes vertrage.

---

* **Liegnitz, 15. Novbr.** [Es hat keine Militärreduktion stattgefunden. — Der Stab des 7. Landwehr-Regiments ist nach Jauer verlegt. — Interpellationen des Regierungs-Präsidenten wegen der militärischen Maßregeln. — Die Bürgerwehr besetzt den Bahnhof.] Die Ihnen gestern mitgetheilte Nachricht, Betreff der Militärreduktion in hiesiger Stadt, war nur eine Täuschung. Es haben uns allerdings eine Anzahl Truppen des 20. Infanterie-Regiments gestern Abend verlassen, allein dafür sind sogleich andere in einer Summe eingerückt, welche den Abgang nicht nur decken, sondern bedeutend überbieten soll. Die erzielte Einkleidung der Landwehr kann also durchaus nicht der Zweck so großer Truppenanhäufung hier und in der Umgend gewesen sein; in welcher Absicht aber eine solche militärische Maßregel getroffen worden ist, das vermag sich der ruhige Beobachter aus den Zuständen der Gegenwart leicht zu erklären. — Das mißliche Ereigniß am 18. und 19. Oktbr. d. J. in der bekannten Landwehr-Angelegenheit, hat bereits eine sehr wichtige und bedeutsame Folge für unsere Stadt gehabt. Es ist nämlich von Seiten der Behörde beliebt worden, den Landwehrstab, welcher stets hier geweilt hat, nach Jauer zu verlegen. Das Sonderbarste dabei aber ist, daß den städtischen Behörden, wie man uns gesagt hat, auch nicht ein Wort von dieser Translocirung mitgetheilt worden ist. Der Beschluß ist in diesen Tagen ohne Weiteres zur Ausführung gebracht und die Uebersiedelung der Utensilien und Waffen nach oben genannter Stadt unternommen worden. Das 1. Bataillon 7. Landwehr-Regiments wird also auf diese Weise von jetzt ab nicht mehr den Namen „Liegnitz", sondern „Jauer" führen. — Wie wir aus sicherer Quelle zu erfahren Gelegenheit hatten, ist gestern Abend von Seiten des hier gebildeten Sicherheitsausschusses eine Deputation an den hiesigen Regierungs-Chef-Präsidenten Hrn. v. Schleinitz mit dem Auftrage geschickt worden, sich nach der Ursache zu erkundigen, aus welcher man den Bahnhof, das Schloß und mehrere Plätze der Stadt mit starken Militärkolonnen besetzt habe. Hr. v. Schleinitz soll sich selbst über diese ihm unbekannte Maßregel gewundert haben, und — um den Grund derselben zu erfahren — mit der Deputation zum General v. Stößer gegangen sein. Leider ist aber dieser Vorgesetzte abwesend gewesen und somit der Zweck der Deputationssendung von Seiten des Sicherheitsausschusses nicht vollständig erreicht worden. Hr. v. Schleinitz hat indeß die Versicherung gegeben, daß diese militärische Vorkehrung durchaus kein gegen die Stadt gerichteter Akt sei, sondern vielleicht nur darum stattgefunden habe, um einen möglichen von Breslau kommenden und für Berlin bestimmten bewaffneten Zuzug hier anhalten und desarmiren zu können. Das bezeichnete militärische Schauspiel hat sich bei Ankunft der heutigen Frühzüge abermals zur großen Verwunderung der hiesigen Einwohner bemerkiich gemacht, und Hr. v. Schleinitz hat auf eine wiederholte Anfrage, aus welcher Ursache dieser auffallende Schritt gethan wurde, geantwortet, das Ganze beruhe auf einem Mißverständnisse, welches wahrscheinlich aus zu großem Diensteifer hervorgegangen sei. — Heute Abend bemerkten wir ein Piquet Bürgerwehr auf unserm Perron und nahmen deshalb Veranlassung uns nach dem Motiv dieser neuen Maßregel zu erkundigen. Man hat uns gesagt, daß die hiesige Polizei-Verwaltung von Seiten der königl. Regierung gefragt worden sei, ob sie in der hier stattgefundenen Mildeschen Insult-Angelegenheit eine Untersuchung eingeieitet habe, welches bis jetzt das Resultat derselben sei und wie sie künftig den persönlichen Schutz den Reisenden zu sichern gedenke. So viel wir erfahren, hat aus natürlichen Gründen keine Untersuchung eingeleitet werden können; damit aber hinführo die persönliche Sicherheit den Reisenden nicht gefährdet sei, hat die Polizeiverwaltung das Bürgerwehr-Kommando angegangen, für diejenige Zeit, während die Personenzüge hier weilen, ein Bürgerwehr-Piquet auf den Perron zu kommandiren.

Hermsdorf, 15. Nov. [Adressen.] Der konstitutionelle Verein für Warmbrunn und Umgegend hat an die National-Versammlung in Berlin und an die Bürgerwehr von Berlin folgende Adressen gerichtet:

1) Hohe National-Versammlung! Wenn uns einerseits die gewaltsamen Maßregeln, mit welchen die Vertreter der Krone eine hohe National-Versammlung von ihrem gesetzlichen Boden verdrängen wollen, mit tiefster Betrübniß erfüllt haben, so verdient andererseits das eben so energische als besonnene Auftreten einer hohen Versammlung, die keinen Augenblick ihrer gewichtigen Sendung vergaß, unsere unbedingteste Anerkennung und unseren wärmsten Dank, den aus vollem Herzen hiermit auszusprechen wir uns gedrungen fühlen. Ist aber ein geringer Theil einer hohen Nationalversammlung, seiner Pflicht gegen das Land uneingedenk, in den Tagen der Gefahr ausgeschieden, so hat er bereits seinen Richter ebenso in einer hohen Versammlung, wie in der Stimme des Volkes gefunden.

2) Berlin's Bürgerwehr, welche durch ihr ebenso energisches als besonnenes Auftreten in den verhängnißvollen Tagen seit dem 9. November dem Zwecke des Institutes gewiß am würdigsten entsprochen hat, zollt der unterzeichnete Verein hierfür seine vollste Anerkennung und seinen wärmsten Dank!

Hermsdorf u. K., den 14. Nov. 1848.

Der konstitutionelle Verein für Warmbrunn und Umgegend.

---

* **Münsterberg, 15. November.** [Adressen.] Der von dem hiesigen Magistrat und den Stadtverordneten am 13. d. M. an die hohe National-Versammlung gerichteten Adresse, den Dank für ihr ruhmvolles Verhalten in der jetzigen Zeit der Gefahr ꝛc. betreffend, sind die sämmtlichen Korps der hiesigen Bürgerwehr heute den 14. d. Mts. einstimmig beigetreten und haben sofort unter Bezugnahme darauf unter Protest-Einlegung gegen die Vertagung und Verlegung der National-Versammlung und gegen die Entwaffnung der Bürgerwehr Berlins, eine Adresse an die hohe National-Versammlung abgesandt.

---

* **Jauer, 15. Novbr.** [Adresse.] An die hohe National-Versammlung in Berlin ist nachstehende gegen 600 Unterschriften zählende Adresse abgegangen:

„Hohe Versammlung. Im Hinblicke auf die schwierige Stellung, worin die jüngsten ungesetzlichen Uebergriffe der Krone in die Rechte einer hohen Versammlung und des durch sie allein vollgültig und rechtmäßig vertretenen preußischen Volkes dieselbe gedrängt haben, fühlen sich die unterzeichneten Urwähler des hiesigen Wahlbezirks gedrungen, ihre bewundernde und dankbare Anerkennung für die entschiedene und muthige Haltung auszusprechen, welche eine hohe Versammlung in der Mehrzahl ihrer Mitglieder während der verhängnißvollen Tage der verflossenen Woche behauptet hat. Indem wir damit zugleich unsere ausdrückliche Zustimmung zu allen Beschlüssen zu erkennen geben, welche eine hohe Versammlung seit dem Eintritte des beklagenswerthen Konfliktes zwischen ihr und der Krone gefaßt hat, entsprechen wir dem Vertrauen, mit welchem eine hohe Versammlung auf die Stimmung der gesammten Bevölkerung blickt, durch die ausdrückliche Erklärung, wie wir in der Ueberzeugung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen alle beschließende und gesetzgebende Gewalt für den Umfang des preußischen Staates allein in den Händen einer hohen Versammlung ruhen, bereit sind, für die ungehinderte Ausübung dieser Gewalt und die Aufrechthaltung und Durchführung der Beschlüsse einer hohen Versammlung mit Gut und Blut einzustehen.

Jauer am 13. November 1848.

---

* **Guben, 13. Novbr.** Aus Veranlassung der neuesten, die Volksfreiheit bedrohenden Ereignisse, veranstalteten der hiesige demokratische und der Volks-Verein eiligst eine Volksversammlung, in welcher die beigefügte Adresse an den König einstimmig beschlossen und angenommen wurde. Dieselbe wurde binnen kürzester Zeit bis zum Postabgang mit nahe an 1000 Unterschriften bedeckt. Die Adresse lautet:

Ew. königliche Majestät!

haben in der Proklamation vom 11. d. Mts. sich an das Volk gewendet, und dasselbe aufgefordert, sich über die Seitens des Ministerii der National-Versammlung gegenüber eingeschlagenen Maßregeln auszusprechen. Wir wollen dies thun mit der Offenheit, welche deutschen Männern geziemt, und die man der Krone immer, zumal unter so gefahrdrohenden Verhältnissen wie jetzt, schuldig ist.

Ew. Majestät erwarten Zustimmung; leider sind wir in dem Falle nicht, solche aussprechen zu können.

Wir halten dafür, daß nur die National-Versammlung den gesetzlichen Boden festgehalten hat; daß die Maßregeln des Ministerii nimmer gerechtfertigt werden können, und beschwören Ew. Majestät, wenn das Unheil eines blutigen Bürgerkrieges vom Lande jetzt noch abgewendet werden soll, das Ministerium von dem betretenen Wege zurück zu rufen, und ein neues von dem vollen Vertrauen des Landes getragenes Ministerium schleunigst berufen zu wollen, bevor es zu spät sein möchte.

„Der treueste Freund seines Volkes", wie Ew. Majestät sich selbst genannt haben, „welcher stark sein wollte, nicht durch Waffengewalt, sondern nur durch die Herzen und die Liebe seines Volkes", möge den beschwörenden Bitten des Volkes ein offenes Ohr und Herz gewähren.

Guben, am 13. Novbr. 1848.

Die Einwohner von Guben und Umgegend.

(Unterschriften.)

---

* **Beuthen a. d. O., 14. Novbr.** [Adresse.] Am heutigen Tage ist von hier eine in kurzer Zeit mit 231 Unterschriften versehene Adresse an die hohe National-Versammlung in Berlin abgegangen, in welcher derselben die unbedingte Zustimmung und der wärmste Dank für ihr festes und besonnenes Benehmen gezollt und die Mahnung hinzugefügt wird, auf dem betretenen Pfade passiven Widerstandes gegenüber einem verhaßten Ministerium zu beharren. Sämmtliche Wahlmänner hiesigen Ortes ohne Unterschid, mithin die eigentlichen Vertrauensmänner der gesammten Einwohnerschaft haben sich an der Adresse betheiligt.

---

§§ **Hirschberg, 15. November.** [Adresse. — Keine Parteien mehr.] Der von der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung gestern in einer außerordentlichen Sitzung beschlossenen Zustimmungs-Adresse an die preußische National-Versammlung ist heute auch der Magistrat beigetreten. Es herrscht hier jetzt zwischen der konstitutionellen und demokratischen Partei eine solche Einmüthigkeit, daß die in der National-Versammlung ausgesprochenen Worte v. Berg's: „Hier giebt es keine Parteien mehr" in der vollsten Bedeutung auch auf die Bewohner unserer Stadt angewendet werden können. Gestern fand im Theaterlokale hierselbst eine Volks-Versammlung statt, die von circa 500 Personen aus allen Ständen besucht war. Man berieth über die in der gegenwärtigen gefahrvollen Zeit zu ergreifenden Maßregeln. Der Vorstand des demokratischen Vereins wurde in Folge dessen mit der Bildung einer Kommission beauftragt, die aus Mitgliedern der verschiedenen Vereine und Korporationen: des demokratischen und konstitutionellen Vereins von hier und Warmbrunn, des Landwehrvereins, des Rustikalvereins, der Bürgerwehr ꝛc., zusammengesetzt werden soll. Hiesige Kaufleute erboten sich, der Bürgerwehr ihre Vorräthe an Pulver, Blei, Zündhütchen u. dgl. zur Disposition zu stellen. Man ist hier auf Alles gefaßt, was da kommen könne. — Heute hat sich hier ein Freicorps, aus 45 Gesellen bestehend, organisirt. — Auf den umliegenden Dörfern organisiren sich gleichfalls Bürgerwehren.

Zweite Beilage zu № 270 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 17. November 1848.

Inserate.

Bekanntmachung.

Die in mehreren öffentlichen Blättern gegen die Verwaltung der Provinzial-Irren-Heilanstalt und des damit verbundenen Pensions-Instituts in Leubus erhobenen Anschuldigungen haben mich veranlaßt, eine medizinalpolizeiliche Revision derselben durch die beiden Regierungs- und Medizinal-Räthe der königl. Regierungen in Breslau und Liegnitz zu veranstalten. Diese Revision hat vom 4. bis 7. Juli d. J. stattgefunden. Die Kommissarien sind dabei im Allgemeinen zu befriedigenden Ergebnissen gelangt und haben in dem über die Vollziehung ihres Auftrages erstatteten Berichte versichert, wie sie die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Heilanstalt Leubus in einem sehr guten Zustande sich befinde, daß Reinlichkeit und Ordnung in derselben im vorzüglichen Maaße vorwalte, daß die Pfleglinge zu den Aerzten und Wärtern Zuneigung und Vertrauen haben, daß das Pensions-Institut sich ebenfalls der gedeihlichsten Pflege erfreue und daß beide Anstalten ihrem Zwecke in vollkommen zufriedenstellendem Maaße entsprechen.

Breslau, den 9. November 1848.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.
Pinder.

Bekanntmachung.

Der größte Theil der von der königlichen Münze zu Berlin über das zur freiwilligen Staatsanleihe eingelieferte verarbeitete Gold und Silber ausgefertigten Werthbescheinigungen ergiebt Beträge, zu deren Abrundung, um Summen von 10 zu 10 Rthl. zu erlangen, es häufig nur eines geringen fernern Beitrages von wenigen Thalern oder Silbergroschen bedarf. Da nun die künftige Verbriefung und Verzinsung der freiwilligen Staatsanleihe nur nach Summen von mindestens 10 Rthl. erfolgt, so machen wir die Betheiligten darauf aufmerksam, daß es in ihrem Interesse liegt, noch diejenigen geringen Beträge baldigst baar einzuzahlen, welche dazu dienen, den Werth des von ihnen zur Anleihe eingelieferten verarbeiteten Goldes und Silbers so abzurunden, daß der darauf sich ergebende gesammte Beitrag mit 10 theilbar ist. Wir fordern daher zu diesen Nachzahlungen hierdurch auf, indem wir nochmals bemerken, daß, ohne dieselben, derjenige Theil des Beitrages, welcher über eine Summe von 10 zu 10 Rthl. überschießt, bei der künftigen Verbriefung und Verzinsung außer Acht gelassen wird.

Breslau, den 13. November 1848.

Königliche Regierung.

Seit dem 15ten d. Mts. Mittag bis heute Mittag sind nach amtlicher Meldung an der Cholera 1 Person erkrankt, 2 genesen und 3 gestorben.

Breslau, den 16. November 1848.

Königliches Polizei-Präsidium. Kuh.

Bekanntmachung.

Wegen der Vorarbeiten zur Zinsenzahlung können **vom 1. bis 31. Dezember d. J.** von der städtischen Sparkasse keine Rückzahlungen auf die Guthaben in den Quittungsbüchern geleistet werden. Dagegen werden von derselben jeden Tag Einlagen angenommen und die übrigen Geschäfte der Sparkasse ebenfalls nicht unterbrochen. Im Monat Januar k. J. findet wegen der Zinsenzahlung die Annahme der Einlagen nur des Freitags statt.

Breslau, den 31. Oktober 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung.

Der über unsere Stadt vom königl. Staatsministerio vom 12ten d. M. verhängte Belagerungszustand macht es unmöglich, den auf

den 22. November d. J.

ausgeschriebenen Städtetag abzuhalten.

Wir sind daher in die Nothwendigkeit versetzt, denselben hiermit aufzuheben, und die beschlossene gemeinsame Berathung über die Grundprinzipien einer neuen Gemeindeordnung einer spätern Zeit vorzubehalten.

Wir unterlassen nicht, die verehrlichen Vorstände der Stadtgemeinden von dieser Lage der Sache ergebenst in Kenntniß zu setzen.

Berlin, den 14. November 1848.

Der Magistrat.

Hohe National-Versammlung!

Der Bruch zwischen Regierung und Repräsentation des preußischen Volkes legt jedem Ehrenmanne die Pflicht auf, offen seine Meinung auszusprechen.

Es ist unsere feste Ueberzeugung, daß, so lange die Verfassung nicht vollständig zu Stande gekommen ist, Regierung und Volksvertretung gleichberechtigt, sich gegenüberstehen, und daß es der Regierung nicht freisteht, die National-Versammlung auch nur auf einen Augenblick in ihrer Thätigkeit zu hemmen oder zu beschränken. Ein Versuch, die National-Versammlung gegen ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder gar aufzulösen, ist der Versuch, die politische Freiheit des Volkes zu schmälern.

Die bisherige würdige Haltung Einer hohen National-Versammlung erkennen wir mit dem größten Dank an, wir anerkennen, daß hochderen Beschlüsse zu rechtsbeständig sind, wir protestiren gegen die Erklärungen der Regierung, wonach Eine hohe National-Versammlung seit ihrer gewaltsamen Vertreibung aus dem bisherigen Sitzungslokal nicht mehr als Repräsentation des Volkswillens angesehen werden soll.

Goldberg, den 15. November 1848.

Unterschriften von den
Wahlmännern und Urwählern sämmtlicher hiesigen
sieben Wahlbezirke.

Der Rustikal-Verein zu Lüssen, Striegauer Kreises, hat aus der Proklamation der hohen National-Versammlung zu Berlin das gänzlich unkonstitutionelle Benehmen des Ministeriums Brandenburg mit tiefster Entrüstung ersehen. Derselbe hat erkannt, wie hierdurch die Rechte und Freiheit der Nationalversammlung offenbar beeinträchtiget worden. Er ersieht somit zugleich die Rechte und Freiheit des gesammten preußischen Volkes bedenklich gefährdet. Nach der innersten Ueberzeugung des Vereins hat die Majorität der Nationalversammlung Alles gethan, um einem unheilvollen Bruche zwischen Krone und den gesetzlichen Vertretern des Volkes vorzubeugen. Der zeitige Präsident der Nationalversammlung hat bei dieser Gelegenheit goldene Worte gesprochen, Worte, werth für alle Zeiten in der Geschichte Preußens fortzuleben, Worte, die in dem Herzen jedes Preußen, welches für das wahre Wohl des Vaterlandes erglüht ist, den lautesten Wiederhall finden müssen. In Folge deß billigt der Verein nicht nur alle bisher gethanen Schritte der Majorität der Nationalversammlung, sondern erklärt hierdurch ausdrücklich und öffentlich: daß dieselbe die Interessen, wie die Ehre des gesammten preußischen Volkes in diesem Falle bislang auf das würdigste vertreten hat. — Der Verein ist der Ansicht, daß Wohlstand, Ordnung und Gesetzlichkeit im Staate nur dann wahrhaft erblühen könne, wenn die Krone Eins ist mit der Majorität der gesetzlichen Vertreter des Volkes. — — Erhebe, dich, Preußenvolk, wie Ein Mann, sprich aus — eingedenk des bereits schon zu viel vergossenen Bürgerblutes — deine gleiche Gesinnung mit jenen würdigen Vertretern unsrer jungen Freiheit und Rechte; und — so hoffen wir zu Gott — der gewaltsam heraufbeschworne Sturm wird durch des Volkes Macht und Einheit niedergehalten und unserem theuren Vaterlande der innere Friede erhalten werden!

Lüssen, den 14. November 1848.

Der Rustikal-Verein zu Lüssen, Striegauer Kreises,
bestehend aus 1000 Mitgliedern.

An die in der Breslauer Sonntags-Zeitung vom 12. November veröffentlichte Adresse der **Breslauer Stadtverordneten** an die hohe National-Versammlung schließen sich die Gemeinden Kaiserswaldau und Wernersdorf bei Warmbrunn in inniger Ueberzeugung an, und protestiren entschieden gegen das Benehmen des jetzigen Ministeriums, zugleich den Wunsch hegend, daß alle Landgemeinden sich ähnlicher Weise auf dem Wege der Oeffentlichkeit erklären mögen.

Zum Andenken an den in Wien für die Freiheit gefallenen Volksvertreter

Robert Blum,

einen der kräftigsten Vorkämpfer für religiöse Freiheit, feiert die hiesige christkatholische Gemeinde am **Sonntag den 19. Novbr., Vormittags um 11 Uhr, einen Trauergottesdienst** in der Bernhardin-Kirche.

Der Vorstand der christkatholischen Gemeinde
in Breslau.

Robert Blum,

einer der edelsten Vorkämpfer der Freiheit ist gefallen, gefallen für die deutsche Sache, der er seit einer Reihe von Jahren mit allen seinen Kräften gedient! Wir sind es ihm schuldig, daß wir für seine Familie Sorge tragen. Der unterzeichnete Vorstand fordert demnach alle Freunde Blum's hierdurch auf, zur Bildung eines Comite's für Unterstützung der hinterlassenen Familie des gefallenen Freundes, im Café restaurant am 18. Novbr. Abends 5 Uhr, zusammenzutreten.

Der Vorstand der christkathol. Gemeinde in Breslau.

**Verloosung eines Brillant Ringes
zum Besten der Nothleidenden in Oberschlesien.**

Die Verloosung dieses Ringes wird den

22. d. Mts. Nachmittags 3 Uhr,

im Börsengebäude stattfinden. Die bis dahin noch nicht abge etzten Loose werden zurückgelegt.

Breslau, den 16. November 1848.

Das Comité zur Milderung des Nothstandes in O. S.

Theater-Nachricht.

Freitag: **„Kean“**, oder: **„Leidenschaft und Genie.“** Schauspiel in 5 Akten, frei nach dem Französischen des Alexander Dumas von Dr. Wollheim.

Sonnabend, zum ersten Male: **„Das Sonntagsräuschchen.“** Original-Lustspiel in einem Akt von Wilhelm Floto. Hierauf: **„Die Schleichhändler.“** Lustspiel in 4 Akten von Raupach.

Am 13. November starb Herr geheimer Kommerzienrath Oelsner, Mitglied des unterzeichneten Präsidiums, seit der Stiftung der Gesellschaft. — Ausgezeichnet durch thätige Theilnahme an allen Interessen derselben werden wir sein Andenken stets in dankbarer Erinnerung bewahren.

Breslau, den 14. November 1848.

Das Präsidium der schlesischen Gesellschaft
für vaterländische Kultur.

Todes-Anzeige.

Tief betrübt zeigen wir den gestern Abend um 6 Uhr an bösartigen Schwämmen erfolgten Tod unseres einzig geliebten Söhnchens Paul, im zarten Alter von 5 Wochen hierdurch ergebenst an und bitten um stille Theilnahme.

Heidersdorf, Kreis Nimptsch, den 14. November 1848.

Pastor Neubert nebst Frau.

Todes-Anzeige.

Heute Mittag 12 Uhr entschlief zu einem besseren Leben unsere innigst geliebte Frau, Mutter, Schwieger- und Großmutter Jeanette Rawitscher, geb. Freund, nach achtwöchentlichen Leiden, im Alter von 66 Jahren. Diese Anzeige widmen tief betrübt, um stille Theilnahme bittend, allen Verwandten und Freunden:

die Hinterbliebenen.

Breslau, den 15. November 1848.

Sowohl unserm vollständigen
Musikalien-Leih-Institut,
als auch der reichhaltigen deutschen, französischen und englischen
Lesebibliothek
können täglich neue Theilnehmer unter d. **billigsten Bedingungen** beitreten.
F. E. C. Leuckart in Breslau,
Kupferschmiedestr. 13, Schuhbrück-Ecke.

Zum **Fleisch-Ausschieben** in der goldenen Sonne, Oder-Vorstadt, Sonnabend den 18. Novbr. ladet ergebenst ein:

A. Wöllmer.

Dresdener Preßhefe

offerirt stets frisch:

C. G. Ossig,
Nikolai- und Herrenstraßen-Ecke 7.

A d v i s.

Aus Schiele's renommirter Kunstfärberei in Berlin

sind die Stoffe nachstehender Nummern, schönstens gefärbt, angekommen und liegen dieselben zur gefälligen Abholung und Ansicht geehrter Committenten bereit, als:

Nr. 4416, 4417, 4418, 4419, 4420, 4421, 4422, 4423, 4424, 4425, 4426, 4427, 4428,
„ 4429, 4430, 4431, 4432, 4433, 4434, 4435, 4436, 4437, 4438, 4439, 4440, 4441,
„ 4442, 4443, 4444, 4445, 4446, 4447, 4448, 4449, 4450, 4451. 4452, 4453, 4454,
„ 4455, 4456, 4457, 4458, 4559, 4460 nnd 4461,

so wie die Stoffe für Frankenstein, Neisse, Brieg, Prausnitz, Münsterberg und Ohlau bei

Eduard Groß, am Neumarkt Nr. 42,

Haupt-Spedition für Schlesien.

Gasthofs-Verkauf.

Ein ganz neu erbauter Gasthof nebst schönem Lust- und Grase-Garten, in einer lebhaften Vorstadt von Görlitz, mit einem bedeutenden Speditions- und Kommissions-Geschäft, ist veränderungshalber zu verkaufen. Derselbe würde sich auch für eine Herrschaft als Privat-Logis eignen. Auch ist dessen Kauf leicht, weil nur der dritte Theil Anzahlung erfordert wird. Kaufliebhaber wollen sich gefälligst an den Unterzeichneten im Gasthofe zur Stadt Leipzig wenden.

Görlitz, den 12. Oktober 1848.

Julius Müller.

Ein gußeiserner Plattenofen, fast neu, ist billig zu verkaufen: Oderstraße Nr. 10, 1 Stiege bei **C. Jakob.**

Auktions-Anzeige.

Künstler und Kunstfreunde werden hierdurch aufmerksam gemacht, daß die bereits angekündigte

Kupferstich-Auktion,

welche einen seltenen Schatz älterer und neuerer Meisterwerke enthält, bestimmt den 20. Novbr. d. J. im Lokale des Unterzeichneten ihren Anfang nimmt.

Hierauf bezügliche Kataloge sind in den Buch- und Kunsthandlungen, so wie in meiner Expedition, innere Rampische Gasse 21, erste Etage, zu erhalten.

Dresden, am 12. November 1848.

L. E. Sieber,
königl., auch Stadt- u. Raths-Auktionator.

Im alten Theater.

(Es wird geheizt.)

Heute, Freitag den 17ten und Sonnabend den 18. November.

Freies Theater für Kinder.

Jeder Erwachsene, welcher die Vorstellung besucht, hat das Recht zu jedem Billet unentgeltlich ein Kind einzuführen. Aufgeführt wird: **Die Heimkehr ins deutsche Vaterland.** Lustspiel in 3 Akten. Personen: Achmeth, der großmüthige Mustapha, sein Bruder Selim, Großvezier. Dorella, ein italienischer Fürst. Rosedea, seine Gemahlin. Graf Cidona, Minister. Holay, Aufseher. Serabil, ein Egypter. Casperle, Bedienter. Gretel, seine Frau. Hansjockel, sein Sohn. Zum Schluß: Ballet und Transparent-Feuerwerk. Kassenöffnung $5\frac{1}{2}$ Uhr. Anfang $6\frac{1}{2}$ Uhr.

Billets zu Logen und Sperrsitzen à 6 Sgr. sind am Tage im alten Theater zu haben.

Schwiegerling.

Bekanntmachung.

Der Disponent und Rendant der hiesigen Kammgarn-Spinnerei der Seehandlung, Gustav Albers Lüdersdorff, Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 61, und dessen Ehegattin Nathalie Henriette Mathilde Lüdersdorff, geborene Belin, haben bei Verlegung ihres Wohnortes von Bromberg nach Breslau, die am ersten Orte stattfindende Gütergemeinschaft, zufolge Verhandlung vom 27. September d. J. gerichtlich aufgehoben, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Breslau, den 2. Oktober 1848.

Königliches Stadt-Gericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Zum öffentlichen Verkauf unbrauchbarer kassirter Akten, und zwar 6 Ztr. 92 Pfd. zum allgemeinen Gebrauch und 15 Ztr. $35\frac{1}{2}$ Pfd. zum Einstampfen bestimmt, ist ein Termin auf

den 29. d. Mts.

Nachmittags 2 Uhr in dem Geschäftslokale des hiesigen königlichen Land- und Stadtgerichts anberaumt, wozu Kauflustige, insbesondere Papiermüller eingeladen werden mit dem Bedeuten, daß der Zuschlag an den Meistbietenden gegen baare Zahlung erfolgen soll.

Jauer, den 12. November 1848.

Der Land- und Stadtgerichts-Sekretär Scholz.

Bekanntmachung.

In Bezug auf die Bekanntmachung der sämmtlichen Schuhmachermeister Breslau's vom 11. November 1848, Breslauer Zeitung Nr. 266, zweite Beilage, Seite 2983, „die fernere Zahlung des Ablösungs-Fonds" betreffend, erklären sämmtliche Breslauer Fleischermeister hierdurch: wie sie den beim hiesigen Magistrat gestellten Anträgen durchgehends beitreten und keinen Ablösungs-Fonds, bis nach Erledigung dieser Angelegenheit bezahlen.

Breslau, den 15. November 1848.

Die Kommission der Breslauer Fleischermeister.

Vielseitigen Anfragen und Wünschen zu genügen, zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich so eben aus Cudowa eine Sendung Brausepulver von Herrn Apotheker Sauer empfangen habe, und mit dem alleinigen Debit betraut worden bin. Diese Pulver sind von den Cudowaer Badegästen in ihrer empfehlenswerthen Güte hinlänglich bekannt und sind die Kartonagen, wie folgt, etiquettirt:

Soda Powders,

Englische Brausepulver.

Die Bestandtheile dieser, nach den besten englischen Vorschriften angefertigten Brausepulver werden aus der **Cudowaer Mineralquelle** gewonnen und zeichnen sich durch ihre **vorzügliche Reinheit** und ihren **Wohlgeschmack** aus. Genaue Gebrauchs-Anweisung ist beigegeben.

Eduard Groß,

in Breslau, am Neumarkt Nr. 42.

Kunstfreunden und Augengläser-Bedürfenden

empfehle ich mich bei meiner Ankunft hierselbst bestens und bin ich für Diejenigen, die mich mit Aufträgen beehren wollen, oder meines Rathes bedürfen, von Morgens 8 bis 2 Uhr, und Nachmittags von 3 bis 7 Uhr zu sprechen.

D. Koehn,

Universitäts- und Hof-Optikus aus Schwerin, Nikolai- und Herrenstraßen-Ecke Nr. 7, im Hause des Herrn Brunzlow u. Sohn.

Aufenthalt hierselbst 8 bis 10 Tage.

Große pommersche Gänsebrüste, frische geräucherte Silberlachse

empfehlen von neuer Sendung:

Gebr. Friederici,

Ohlauerstraße Nr. 6, zur Hoffnung.

Polnischer Kalender 1849.

In allen Buchhandlungen ist vorräthig:

Kalendarz na Rok Panski 1849.

5 Sgr.

Sigismund Landsberger, Verlagsbuchhandlung.



In Folge mehrseitiger schriftlicher und mündlicher Anforderungen sind die englischen **galvano-elektrischen Ketten** à 1 Rtl. und $1\frac{1}{2}$ Rtl. wieder zu haben bei:

Eduard Groß,

am Neumarkt Nr. 42.

Mit 600 Rtl. Verlust

ist eine hiesige städtische Hypothek per 5000 Rtl. à 5 pCt. Zinsen, welche ganz sicher ist und pünktliche Zinsen trägt, baldigst durch mich zu verkaufen.

v. Schwellengrebel,

am Ohlauer Stadtgraben Nr. 19.

Kieler Sprotten, geräuch. Silber-Lachs

empfing wieder und empfiehlt:

Karl Straka,

Albrechtsstr. 39, der königl. Bank gegenüber.

Ganz frisches Rehwild,

die stärkste Keule 1 Rtl. bis 1 Rtl. 5 Sgr., den stärksten Rücken 1 Rtl. 10 Sgr. bis 1 Rtl. 15 Sgr.;

frisches Rothwild,

das Pfund Rücken 3 Sgr., Vorderkeule 2 Sgr.,

frische Großvögel und Lerchen,

zu den billigsten Preisen empfiehlt

Frühling, Wildhändlerin, Ring Nr. 26, im goldenen Becher.

Neue

Malaga-Citronen

empfehlen in schöner Waare im Hundert, als auch einzeln billigst:

Gebr. Friederici.

Dienstboten,

mit den besten Empfehlungen, besorgt das concess. Kommiss.- und Gesinde-Vermiethungs-Bureau von **E. Berger,** Bischofsstraße 7.

Frisches Rothwild,

à Pfund $2\frac{1}{2}$ Sgr., frische böhmische Fasanen, das Paar 1 Rtl. 10 Sgr., empfiehlt Wildhändler **R. Koch,** Ring Nr. 9, neben den 7 Kurfürsten.

Ein Spezerei-Geschäft

wird zu miethen oder zu kaufen gesucht. — Offerten nebst Bedingungen werden unter der Chiffre A. Z. poste restante Goldberg erbeten.

Holsteiner Austern bei Lange und Comp.

Neue

Malaga-Citronen,

in schönster Waare, empfing und offerirt billigst: **Gotthold Eliason,** Reuschestr. 12.

Ein tüchtiger **Wirthschaftsschreiber** findet vorzügliche und dauernde Anstellung durch **Jos. Delavigne,** Ketzerberg Nr. 8.

Ein Satz starke Kern-Billard-Bälle stehen billig zum Verkauf Nr. 27 am Eisenkram im Gewölbe.

Ein ehrlicher, nüchterner Mensch, gedienter Kavallerist und guter Reiter, sucht vom 1. Dezember d. J. ab einen Dienst, womöglich auf dem Lande. Seine jetzige Herrschaft, nur durch die schlechten Zeiten genöthigt, denselben zu entlassen, läßt genügende Auskunft geben: Kupferschmiedestraße 39, 1 Treppe hoch.

Auf zwei Rittergüter, wo die Herrschaft nicht anwesend ist, können zwei **Wirthschafts-Inspektoren,** welche eine Kaution von 500 Rtl. und 1000 Rtl. leisten, auch sofort den Posten zu übernehmen haben, sich melden beim Kaufmann **Jäkel,** Ohlauerstraße 38.

Im Verlage von **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler:**

Die Dichtkunst und ihre Gattungen.

Ihrem Wesen nach dargestellt, und durch eine nach den Dichtungsarten geordnete Mustersammlung erläutert

von

August Knüttell,

Prediger an St. Barbara zu Breslau.

Mit Rücksicht auf den Gebrauch in Schulen.

Zweite, verbesserte und vermehrte Ausgabe. gr. 8. broch. $1\frac{1}{3}$ Thlr.

Im Verlage von **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **Ziegler:**

Das Wissenswürdigste aus der Thierkunde für Volksschulen.

Von **J. Chr. Friedrich Scholz,**

Seminarlehrer zu Breslau.

Zwei Bändchen: die wirbellosen Thiere oder das niedere Thierreich.

8. 25 Sgr.

Die Berl. allgem. Wittwen-, Pens. u. Unterst.-Kasse

beginnt mit dem 1. Januar k. J. ihr 25stes Semester. Ihr Vermögen beträgt über 246,000 Rtl., die Zahl der Wittwen 94, welche zusammen 9840 Rtl. jährl. Pension genießen, und die Zahl der Mitglieder 956, die ihren Frauen zusammen 104,300 Rtl. jährl. Wittwenpension und 26,075 Rtl. Begräbnißgelder gesichert haben. Anmeldungen und Beiträge werden von mir angenommen und Reglements zu 3 Sgr. verabfolgt. Breslau, den 16. November 1848.

J. Müllendorff, Kaufmann, Taschenstraße Nr. 28.

Kräuter-Pomade,

welche von uns neu erfunden und vielfältig geprüft wurde. Dieselbe dient als Hautstärkung bei Personen, deren Haare stark ausgehen, so daß binnen 3 Wochen das Haar ganz fest sitzt, und nicht mehr ausfällt. Sie verbessert und vermehrt den zum Wachsthume der Haare nöthigen Nahrungssaft, verhütet das Austrocknen des Haarbodens, und bewirkt den Wachsthum dermaßen, daß auf kahlen Stellen des Kopfes binnen 6 Monaten das schönste kräftigste Haar zu sehen ist, befördert den Wachsthum des männlichen Bartes, welcher dadurch zu einer seltenen Schönheit gezogen werden kann. Die Fabrik steht für den Erfolg innerhalb der oben bemerkten Zeit und erstattet bei Ausbleiben der Wirkung den Betrag zurück. — Der Preis ist per Topf $3\frac{1}{2}$ Rtl. — Die Niederlage für Breslau ist bei den Herren **Klausa u. Hoferdt,** Ring Nr. 43.

Rothe u. Comp. in Köln.

Zum **Fleisch- und Wurst-Ausschieben** heute Freitag, den 17. November, ladet ergebenst ein, und hat für gute Speisen und Getränke bestens gesorgt: **Preuß,** in der goldenen Krone, Mathiasstraße.

So eben habe ich einen Transport vom **feinsten frischen**

Schwarzwild

erhalten und verkaufe von Keule und Rükken à Pfd. 4 Sgr., Schulterbraten und Bauch à Pfd. 3 Sgr. Um geneigte Abnahme bittet: **J. Seeliger** sen., Neumarkt 45.

Ein sehr gut gehaltener Kirschbaum-Flügel steht billig zu verkaufen: Neuegasse Nr. 19, dritte Etage.

Zu vermiethen

an ruhige Miether und zu Termin Ostern k. J. zu beziehen ist Nadlergasse Nr. 5 im 2ten Stock eine freundliche Wohnung von 3 Stuben, 2 Alkoven, Küche nebst geschlossenem Entrée und Beigelaß. Näheres beim Hauseigenthümer zu erfahren.

Eine Paterre-Wohnung von 3 Zimmern, Kabinet nebst Küche und Beigelaß ist zu vermiethen und Weinachten zu beziehen, am Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 23.

Zu vermiethen sind Heiligegeiststr. Nr. 21 verschiedene kleine Wohnungen, neu gemalt, an der Promenade. Näheres Sandstraße 12, 1ste Etage.

Zu vermiethen

ist Schmiedebrücke Nr. 54 die zweite Etage und sofort zu beziehen; Näheres Oderstraße Nr. 33 im Fleischgewölbe zu erfragen.

Sandstraße 12, 1ste Etage, ist ein möblirtes Zimmer zu vermiethen.

Zu vermiethen und bald zu beziehen ist Neumarkt Nr. 32, Sommerseite, eine freundliche Wohnung im zweiten Stock.

Zu vermiethen und sofort zu beziehen für einen einzelnen Herrn ist Reuschestr. Nr. 51, vorn heraus, in der 2ten Etage, eine elegante Stube.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Gutsbes. Baron v. Saurma a. Sterzendorf. Gutsbes. v. Plessen a. Mecklenbnrg. Gutsbes. Berne a. Striegau in Mähren. Lieut. v. Scheliha a. Zessel. Part. Hensel a. Bunzlau. Regier.-Rath Winkler a. Berlin. Kaufm. Birg a. Prag. K. k. Oberst Graf v. Degenfeld u. Kammerherr v. Lilien a. Wien. Literat Dr. Riß a. Paderborn.

Breslauer Getreide-Preise

am 16. November.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	58	Sg.	53	Sg.	46	Sg.
Weizen, gelber	56	„	51	„	44	„
Roggen	$32\frac{1}{2}$	„	30	„	27	„
Gerste	25	„	23	„	20	„
Hafer	16	„	15	„	14	„

Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

Abg. nach / Ank. aus	Oberschles.	Pers.-Züge	7 Uhr, 2 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 M. Abends. / 3 U. 30 M., 8 U. 20 M. Ab.; von Oppeln 9 U. 45 M. Mrg.		
Abg. nach / Ank. von	Berlin	Pers.-Züge	7 U. 15 M., 5 U. 15 M. / 11 U. 45 M., 8 U. 6 M. A.	Güter-Züge	9 U. 45 M. Morg. / 7 U. 18 M. Ab.
Abg. nach / Abg. von / Abg. von	Freiburg / Schweidnitz	tägl.	8 U. — M., 5 U. — M. / 7 U. 15 M., 5 U. 18 M. / 7 U. 10 M., 5 U. 15 M.	Außerdem Sonntag, Mittwoch u. Freitag	1 U. — M. Mitt. / 1 U. 18 M. = / 1 U. 15 M. =

Breslau, den 16. November.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $96\frac{3}{4}$ Br. Kaiserliche Dukaten $96\frac{3}{4}$ Br. Friedrichsd'or $113\frac{3}{4}$ Gld. Louisd'or 113 Gld. Polnisches Courant 94 Br. Oesterreichische Banknoten $93\frac{3}{4}$ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 92 Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. $3\frac{1}{2}$% 74 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 95 Br., neue $3\frac{1}{2}$% $77\frac{3}{4}$ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. $3\frac{1}{2}$% $89\frac{1}{2}$ Br., Litt. B. 4% $91\frac{1}{2}$ Br., $3\frac{1}{2}$% $81\frac{1}{2}$ Br. Polnische Pfandbriefe 4% alte $89\frac{1}{2}$ Gld., neue $89\frac{1}{2}$ Gld. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 85 Br. Oberschlesische $3\frac{1}{2}$% Litt. A. 88 Br., Litt. B. 88 Br. Krakau-Oberschlesische $40\frac{1}{2}$ Br. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$% 67 Br. Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$% $73\frac{1}{4}$ Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $37\frac{2}{3}$ Br.

Berlin, den 15. November.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$% $74\frac{1}{2}$ Gld., Prior. $4\frac{1}{2}$% $89\frac{1}{4}$ bez. u. Gld. Niederschlesische $3\frac{1}{2}$% $66\frac{3}{4}$ Gld., Prior. 4% $81\frac{3}{4}$ Gld., Prior. 5% 94 Gld., Ser. III. 5% $88\frac{1}{4}$ Gld. Oberschlesische $3\frac{1}{2}$% Litt. A $87\frac{3}{4}$ Gld., Litt. B $87\frac{3}{4}$ Gld. Rheinische $50\frac{1}{4}$ Gld. Stargard-Posener 4% $65\frac{1}{2}$ Gld. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 38 à $38\frac{1}{2}$ u. $\frac{3}{8}$ bez. — Geld- und Fonds-Course: Staats-Schuld-Scheine $3\frac{1}{2}$% 75 bez. u. Gld. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. $91\frac{5}{6}$ Klgkt. bez. Posener Pfandbriefe 4% 95 Br., neue $3\frac{1}{2}$% $77\frac{3}{4}$ bez. Friedrichsd'or $113\frac{1}{2}$ bez. u. Gld. Louisd'or $112\frac{3}{4}$ bez. Polnische Pfandbriefe 4% neue $90\frac{1}{2}$ bez.

Für mehrere Staatspapiere und Eisenbahn-Actien erhielt sich auch heute Frage, und da es zum Theil an Verkäufern fehlte, so stellten sich die Course einiger merklich höher; das Geschäft blieb nur unbedeutend.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.